

Die „Volkswacht“  
erschwert weder die  
Lektüre noch die  
Spezialität. Neue Spezialität. 8/8.  
aus dem Kolonialbüro zu beziehen.  
Preis Vierteljährlich M. 3.50.  
pro Bogen 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 3.50.  
frei im Haus M. 3.00.  
im Jahre 1909 M. 3.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verlag  
Expedition 1206

Telephon  
Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206

Nr. 60.

Freitag, den 12. März 1909.

20. Jahrgang.

### Das Finanzgewurstel.

Ueber eine Besteuerung, die keine Besteuerung ist, haben die Blochparteien ein Kompromiß geschlossen, das kein Kompromiß ist, und nun führen sie in der Steuer-Kommission Verhandlungen auf, die eigentlich keine Verhandlungen sind, sondern bloß Unterhaltungen, dazu bestimmt, den Abgeordneten die Zeit zu vertreiben, bis das wirkliche Kompromiß hinter den Kulissen zustande gekommen ist. Mit den eigentlichen Verhandlungen, die im stillen geschlossen werden, scheint es aber bisher noch immer genau ebenso zu haben wie mit den scheinbaren in der Kommission. Weder vor den Kulissen noch hinter den Kulissen kommt man einen Schritt weiter.

In der Steuerkommission hat die Beratung vom 11. März das Glas der Tabakbänderole entschieden. Es ist tatsächlich wieder eine jener berühmten Subkommissionen eingesetzt worden, um die verfahrenen Tabaksteuerfrage wieder in die richtigen, das heißt der Regierung und den Blochparteien passenden Weise zu bringen.

Erst wurde noch vier Stunden über die Tabaksteuer vorläufig beraten. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß die Angaben des Regierungskommissars Dr. Ligner von allen Seiten heftig angegriffen und widerlegt wurden. Besonders die Angaben über die amerikanischen Verhältnisse wurden eingehend von dem Abgeordneten Wolfenbühl widerlegt.

Ein Antrag Weber wollte die sofortige Entscheidung über die Bänderolesteuer herbeigeführt wissen, also Abstimmung über § 2. Das Zentrum ließ aber durch den Abgeordneten Speck beantragen, die Entscheidung auszuschieben, eine Subkommission zu wählen und dieser die Bänderolesteuervorlage zu übergeben, sowie auch die weitere Ermächtigung, eventuell Ersatz für die Bänderolesteuer vorzuschlagen oder überhaupt neue Steuerreformen für die Besteuerung des Tabaks zu suchen. Die Abstimmung wurde vom Präsidenten folgendermaßen vorgenommen: Soll eine Entscheidung getroffen werden über § 2? Diese Frage wurde in der Abstimmung mit 15 gegen 13 Stimmen verneint. Unter den 15 Stimmen befanden sich das Zentrum, die Konservativen, die Freikonserwativen und ein Pole. Dann wurde weiter positiv bestimmt, die Bänderolesteuervorlage einer Subkommission zu überweisen und der Subkommission die Ermächtigung zuzusprechen, weitere Steuerreformen zu suchen und zu beraten.

Ob ihr aber das gelingen wird, hängt wiederum von dem Resultat der Geheimverhandlungen ab, die zwischen dem Reichskanzler und den Parteien geführt werden. Da ist es nun recht merkwürdig, daß man immer nur von Versuchen des Reichskanzlers hört, auf die Freisinnigen im Sinne der konservativen Forderungen einzuwirken, während von einem entschiedenen Eintreten der obersten Regierungsstelle für die Nachlasssteuer nicht das allermindeste verlautet. Nach dem „Berliner Tageblatt“ soll der frühere konservative Abgeordnete von Loebell, der jetzt, mit Titel und Gehalt eines Unterstaatssekretärs versehen, beim Reichskanzler die Rolle eines Faktotums und Vertrauensmannes spielt, den Abgeordneten Dr. Wemer, von Bayern und Müller-Meinungen nahegelegt haben, sie sollten sich doch zunächst zur Bewilligung der indirekten Steuervorlage der Regierung verpflichten, — eine Zumutung, die selbst für Herrn von Bayern nicht so ohne weiteres annehmbar sein dürfte. Man sieht also noch immer nicht, wohin die Fahrt eigentlich gehen wird, nur so viel sieht man, daß das berühmte Viermännerkompromiß und die ihm folgenden Kommissionsberatungen ohne sachliche Bedeutung sind, und daß die Kalkulation und Verwirrung im Blochlager heute noch größer ist als je zuvor. — Dabei erscheint die Rolle, die der Reichskanzler in diesem ganzen Handel spielt, in immer trüblicherer Dichte. Jetzt bestreitet die „Deutsche Tageszeitung“, daß sich Fürst Bülow persönlich um das Zustandekommen des Blochkompromisses bemüht hat. Dadurch hat sich der leitende Staatsmann vor aller Welt in einer Weise bloßgestellt, die man für kaum möglich hätte halten sollen. Dieses Kompromiß ist eine gefühlerische Quartanararbeit, die von größter Unwissenheit und Ungeschicklichkeit förmlich strotzt. Das ist von der öffentlichen Kritik, zuletzt von dem früher nicht oppositionslüsterigen Professor Jörn-Born im „Tag“ in so unwiderleglicher Weise nachgewiesen worden, daß sich heute alle Parteien, die daran beteiligt waren, dieses trübsüchtigen Streiches schämen und ihre Beteiligung nach Kräften abzuleugnen versuchen. Nachdem sowohl die nüchternen freisinnigen Presse wie das offizielle Organ der Konservativen dieses Kompromiß preisgegeben, hat auch, wie berichtet wird, der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei an jenem Nachweh die schärfste Kritik geübt und die Erwartung ausgesprochen, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion ihm auf keinen Fall zustimmen werde. Aus den Kreisen der süddeutschen Regierungen mehren sich die Stimmen des Unwillens über einen so unfinnigen und verberblichen Plan.

Ein Berliner Mittagblatt stellt übrigens die Behauptung auf, daß innerhalb der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, die 51 Mitglieder zählt, nur 22 für das Steuerkompromiß eingetreten sind. Der Rest war dagegen oder enthielt sich der Stimme, und 10 Abgeordnete haben in der

entscheidenden Sitzung gefehlt. Als Vertreter der Minorität werden genannt Träger, Dr. Leonhardt, Goltz, Neumann-Hofer und Kaufmann, wogegen Müller-Meinungen natürlich bei der Kompromißfreundlichen Mehrheit sich befindet. Abgeordneter Raumann gibt in der neuesten Nummer seiner „Stimme“ die Versicherung ab, daß auch er unentwegt mit der Blochmehrheit gehen werde.

Gleichzeitig mehren sich aber die Stimmen aus freisinnigen Wählerkreisen, die sich entschließen gegen das Blochabkommen wenden. Sowohl in Klotz als auch in Hirschberg haben die dortigen liberalen Organisationen sich gegen die Anträge Camp-Krendt ausgesprochen. In letzterem Orte wird verlangt, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft unbedingt der Selbstsucht des Bundes der Landwirte gegenüber auf der Forderung der Nachlass- oder Reichsvermögenssteuer zu bestehen habe. Auf den Bloch sei dabei gar keine Rücksicht zu nehmen.

Da der Reichskanzler selbst das Kompromiß unterstützt, hat er abermals bewiesen, daß ihm jedes Mittel recht ist, das ihm geeignet erscheint, ihn in seiner Stellung und an der Macht zu erhalten. Er kämpft nicht für die Wohlfahrt des Reiches, sondern für die Erhaltung seines Amtes. Während das Staatsschiff unter seiner Führung immer tiefer sinkt, klettert er immer höher am Mast empor. Käme auch diesmal schließlich dem Reich zum Schaden des Reiches, der Steuerzahler, der Einzelstaaten, so etwas wie eine Bülowische Reichsfinanzreform zustande, so würde in der offiziellen Presse wieder viel von der Geschicklichkeit und dem Glück des Fürsten Bülow zu lesen sein. Leider hat das Reich weniger Glück, sonst wäre es diesen Reichskanzler schon längst los!

### Die Brausteuern.

Jetzt ist die Steuerkommission, die so tut, als ob sie arbeite, damit inzwischen Zeit für die Verhandlungen hinter den Kulissen gewonnen wird, endlich zur Beratung der Brausteuern gelangt.

Drei Jahrzehnte hindurch war das Brauergewerbe trotz mehrfacher Versuche von einer „Steuerreform“ verschont geblieben, bis im Jahre 1906 das Stengelische Steuerreformgesetz über es hereinbrach. Bis dahin wurde in der norddeutschen Brauereigemeinschaft (Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen) haben besondere Brausteuern) der Doppelzentner Braumalz mit 1 Mark versteuert; durch das Gesetz vom 3. Juni 1906 erfolgte eine Erhöhung der Brausteuern von 1 Mark pro Doppelzentner bis auf zehn Mark, gestaffelt je nach der Größe des Braustoffverbrauches; die durchschnittliche Belastung beträgt ungefähr 7,11 Mark, und das Hektoliter Bier wurde durch die Steuererhöhung ungefähr um 66 Pfennige auf 100 Pfennige verteuert. Diese Verteuerung sollte nach dem Willen der Gesetzgeber von den Brauereien getragen werden; so sagten wenigstens alle Wortführer der bürgerlichen Parteien, die sich zu dem Gegenstande äußerten. Sie behaupteten, das Publikum werde die starke Mehrbelastung des Bieres nicht spüren und die Staffelung der Steuer werde außerdem den kleineren Brauereien die Existenzmöglichkeit belassen. Damit ist es nun aber ganz anders gekommen. Es kann gar nicht die Rede davon sein, daß die großen Brauereien die 30 Millionen Steuererhöhung von 1906 aus ihrer Tasche bezahlt haben, wenigstens sie immerhin dadurch empfindlich geschädigt worden sind; in erster Linie haben — neben den kleinen und mittleren Brauereien — die Wirte unter der Steuererhöhung leiden müssen; und wo es diesen möglich war, die Steuererhöhung abzuwälzen, muß sie heute schon das konsumierende Publikum im vollen Umfange tragen. An 2 Beispielen sei es klargestellt: In Berlin kostete früher die Tonne Bier, die bis 1906 vier enthielt, 20 Mark; heute wird das Bier nur in genau geeigneten Gefäßen nach der Literzahl abgegeben, und zwar stellt sich der Preis für die Einheit heute auf 17 Pfennige, während er früher ungefähr 14½ betragen hatte; während früher ferner die Wirte bei Geburtstagen, Festschmessen usw. eine Extratonne von der Brauerei umsonst geschenkt erhielten, während ihnen ferner die Brauerei gerne mit Tischen, Stühlen und sonstigem Mobiliar aushalf, sind diese Vergünstigungen jetzt alle fortgefallen. Bei den Inhabern von Wirtschaften mit kleinem Umsatz bedeutet das, wenn nicht die Vernichtung, so doch eine ungeheure Erschwerung der Existenz — so weit sie eben nicht imstande waren, die Last weiterzuwälzen. Dafür gibt es freilich auch Beispiele. Uns ist eine mitteldeutsche Stadt bekannt, in der es einer starken Wirteorganisation gelang, wenigstens im Saal- und Gartengeschäft, die bisherigen Bierstillergläser durch Kunststillergläser zu ersetzen, die nach wie vor für zehn Pfennige, also mit einem Preisaufschlag von 20 Prozent, veräußert werden. Hier ist die Belastung der Konsumenten ganz offenkundig.

In der Rede, mit der der Staatssekretär Sydow am 19. November 1908 seine sogenannte Finanzreform einleitete, sagte er, der Versuch von 1906, die Abwälzung der Brausteuern auf die Konsumenten zu verhindern, sei ein Fehler gewesen, den man jedenfalls nicht wiederholen sollte. Darum schlugen die verbündeten Regierungen eine Staffelung der Brausteuern von 14 auf 20 Mark, je nach

der Größe des Braustoffverbrauches, vor. Diese Staffelung ist härter konzentriert, als die frühere, da der höchste Satz schon bei einem Verbrauch von 5000 Doppelzentner Maß und nicht erst bei 7000, wie bisher, erzielt wird. Und die Steuer ist auch noch durchgreifender, weil keine Brauerei in der Lage ist, bei einer Erhöhung auch des niedrigsten Steuersatzes um volle 10 Mark ihren bisherigen Bierpreis in Geltung zu lassen. Wenn man die Wirkung dieser geplanten Steuererhöhung im einzelnen nachrechnet, so soll das Liter Bier anstatt mit 7,11 mit 17,32 Pfennigen allein für Steuer belastet werden. Das ist ein geradezu enormer Sprung; eine förmliche Revolution des gesamten Brauergewerbes muß die notwendige Folge sein. Wie sich die Ueberwälzungsverhältnisse gestalten werden, läßt sich im einzelnen noch gar nicht sagen, das aber steht fest: es wird ein sehr starker Konsumrückgang mit der notwendigen Bierverteuerung verbunden sein. Ein früher war auch schon im Jahre 1906 zu verzeichnen: Allein im Brausteuergelände ging der Konsum von 45 Millionen Hektoliter im Jahre 1905/6 auf 42½ Millionen Hektoliter im Jahre 1907/8 zurück, und für das Jahr 1908/9 haben wir mit einer noch mehr merkbaren Abnahme zu rechnen. Nun könnte man vielleicht vom Standpunkt der Antialkoholbewegung solche Verminderung des Alkoholverbrauchs freudig begrüßen, aber wir müssen doch immer daran festhalten, daß man das Volk nicht durch Steuern erziehen kann und erziehen soll. Für uns ist das Wesentliche, daß ein weitverbreitetes — kann man wohl auch sagen — nahezu unentbehrlich gewordenes Genussmittel in ganz übertriebener Weise verteuert werden soll; ob dabei nicht schließlich der verminderte Konsum an Bier durch einen stärkeren Verbrauch des viel ungesünderen Schnapses wett gemacht wird, ist mindestens eine offene Frage. Man sucht die Ungerechtigkeit, die darin liegt, ein Genussmittel der großen Masse zu versteuern, um die Wohlhabenden vor der Einführung von direkten Steuern auf Einkommen und Besitz zu schützen, mit allerhand phantastischen Rechenaussagen zu verschleiern. So behauptet auch der Staatssekretär, es sei wirklich „nicht mehr wie recht“, wenn die hohen Ausgaben des deutschen Volkes für Bier durch eine Abgabe an die Reichskasse etwas eingeschränkt würde. Wenn man's so hört, möchte's leichtlich ersehen. In Wirklichkeit haben aber diese Darlegungen gar keinen Wert.

Seit 1900 befindet sich die deutsche Brauindustrie tatsächlich in einer Art Krise. Neben der enormen Steuererhöhung hat sie mit immer höheren Preisen der Rohmaterialien und auch mit einer Steigerung der Selbstkosten rechnen müssen; dabei hat die Konkurrenz zwischen kleinen und großen Brauereien in der letzten Zeit den Charakter eines Kampfes auf Leben und Tod angenommen; trotz der Staffelung, die dem Schutze der Kleinen dienen sollte, betrug die Abnahme der Brauereien im Brausteuergelände in den letzten drei Jahren 209, 210 und 267 Brauereien; der Kurswert allein der Berliner Aktienbrauereien ist in derselben Zeit um beinahe 30 Prozent gefallen, die Zahl der beschäftigten Vollarbeiter hat in den Jahren 1906/7 im Brausteuergelände um 2500 abgenommen, die Zahl des in den Gastwirtschaften verwendeten Aufsichtspersonals ist noch weit höherem Maße; das alles hindert die verbündeten Regierungen aber nicht, diesem Gewerbe und seinen Konsumenten eine neue Steuerbelastung von 100 Millionen im Jahre zuzumuten. Man kann sich nicht wundern, daß infolgedessen jetzt sogar der Gedanke aufgetaucht ist, die Brauindustrie genau so unter ein Kontingent zu stellen, wie das bisher schon im Spiritusbrennengewerbe bestand, wie das die Kleinen dadurch der üblichen Konkurrenz der Großen zu entgehen hoffen, die nach der Steuererhöhung mit doppelter Kraft einsehen wird. Kontingent würde aber Synonym bedeuten, das heißt den Zusammenschluß der Brauereien zur gemeinsamen Ausplünderung des Publikums durch erhöhte Preise. Eine Schraube ohne Ende!

Deshalb ist vom Standpunkt der Konsumenten sowohl wie auch vom Standpunkt der in der Brauerei und den mit ihr verbundenen Gewerben beschäftigten Produzenten der schärfste Protest gegen die Steuer gerechtfertigt. Wir wehren uns gegen diesen neuen Versuch, den täglichen Lebensbedarf der Proletarier zu verteuern, wehren uns gegen die Preissteigerung der Arbeiter gerade in dieser Zeit der Krise, wehren uns gegen ungerechte indirekte, an Stelle der gerechten direkten Steuern!

### Politische Uebersicht.

Sie schlucken alles. Unter dieser Ueberschrift unternimmt Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag“ einen interessanten Spagiergang durch das politische Lager Deutschlands. Er beginnt beim Dumb der Landwirte:

„Mädeliger Dumb der Landwirte. Alles ist ihm in den Schos. Kann hat er die Nachlasssteuer zu hohe gestellt, so wird ihm eine neue Brauereisteuer mit unerbittlichen Bedrohungen für den Goharumbesitz apponiert. Alles dient ihm. Kann hat er die Reden an-schnauzt und den Freisinn bedrängt, so breiten sich Kämpfer, Minister und Staatssekretäre, ihm ihre Keckheit zu erweisen, so unterstellt sich der Blochfreisinn seinem Kommando.“

Wie stand der Bund der Landwirte mächtiger da als in diesem Augenblick. Wie hat er so stark, so vollständig gestanden. Das Vorworte der Junker bleibt unangefastet. Die Steuer-Veränderung der Agrarier kann schließlich wieder gebrochen. Wie der Junker will, ich halt' mich' stürzt Wilow gottgegeben."

Also zum Reichsanwalt und seinem Schatzsekretär: "Salom! Ein feiner Kanaler. Ein leitender Staatsmann, der sich von dem nationalen Todfeind, dem Bunde der Landwirte, auf Randorte teilen läßt. Am Novemberblatze hat er die Märzblatze. Erst handelt er in hohen Tönen seine Forderung zur Nachlasssteuer an, und dann befiehlt er sich wieder rückwärts zum Heiner der Nachlasssteuer. Erst macht er ein Finanzprogramm, und dann erreicht er es eigenhändig. Wie war ein Staatsmann" moralisch zu erziehen. Politisch freilich ist er es noch nicht. Denn in Preußen Deutschland sitzen nur Minister, die über die Agrarier stehen.

Und dann der herrliche Endow. Feierlich erklärt er, die Nachlasssteuer sei die conditio sine qua non, die unerlässliche Voraussetzung der Finanzreform. Da rückt ihm der Bund der Landwirte auf den Fels. Und siehe da! — er larmt auch anders.

Salom und Endow bleiben im Amte. In jedem Lande, wo man auch nur eine Sache parlamentarischen Geschäftes hat, hätten beide mit einer so entscheidenden Vorlage stehen und fallen müssen. Es war ein geradezu unheiliger Fechttag, eine 600 Millionen-Vorlage einzubringen, ohne sich vorher zu verewilligen, mit wem man sie durchbringen könne. Aber erst wirtschaftet man drauf los, ins Blaue hinein, dann läßt man sich demütigen. Und schließlich bleibt man im Amte, zwar erniedert vor Jun- und Knecht, aber beibringend, noch weiter als Vorkämpfer des Agrarierums (unpieren zu können."

Das dritte Kapitel gilt dem Freisinn:

Wichtig rückt sich der Freisinn am Kanzler und Schatzsekretär. Noch 1906 war er, gerade wie Wilow, ein Feind der Nachlasssteuer. Als der Kanzler sich bekehrte, da bekehrte er sich auch. Und als der Kanzler seine Überzeugung rückwärts revidierte, da revidierte der Freisinn mit. Der Kanzler bleibt am Amte, und der Freisinn bleibt am Kanzler.

Doch will ich dem Freisinn nicht anrecht tun. Er ist nicht „auf Anbruch“ angefallen. Er hat ein paar Tage länger Widerstand geleistet als Wilow. Junger Freisinn ließ sich fast acht Tage von der Rechte attackieren, bis sie sich ergab. Nicht jedes Mädchen ist so standhaft."

Und wie geschah der Umfall?

Noch am 1. März lebte die freisinnige Fraktionseinheit fast ungetroffen von der Rechten des Kompromiß ab. Etwa 20 Abgeordnete sprachen dagegen und nur vier unterstützten es, nämlich die Herren Biemer, Müller-Meinungen, Kohnke und — der Exdemokrat von Bajer. Aber dann nahm Wilow die Widerstrebenden in Einklang. Und was ihm bei Müller-Meinungen schon vorher zu gut gelang war, das wurde nun bei Wüchsen und anderen versucht. Ein Tête-à-tête mit der liebenswürdigen Dacklaucht — wer kann da widerstehen? Es schmolz das Eis. Und dann trat am Nachmittage des 3. März der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei in Aktion. Immer, wenn es gilt, einen besonders reaktionären Schein anzubringen, dann wird diese durchgehende Gesellschaft republikanischer Liberaler in Bewegung gesetzt. Der Apparat funktioniert auch diesmal nach Wunsch. Nach demselben Abend fiel die Mehrheit der Freisinnigen um. Das am Montag abgeleitete Kompromiß wurde Mittwoch angenommen.

Sehen!

Der Demokrat schließt kein auch sonst noch interessantes Kontext von den Schauspielern der politischen Bühne mit dem Stößel: „Das sind Schäden, die in Jahrzehnten nicht gut zu machen sind. Armes Deutschland, du Spielball Nebender Minister, strebender Bluffreimünder und trümpfender Junker!"

Der Fürst als Reichslandkandidat. Wie wir schon kurz berichteten, hat am Sonntag in Düren eine tausendköpfige Versammlung katholischer Arbeiter gegen die Kandidatur des Fürsten Salom-Tyck protestiert, den das Zentrum als Nachfolger des verstorbenen Grafen Hompeich im Kreise Düren-Tyck aufgestellt hat. Die Veranstaltung ging von Leuten aus, die jahrelang Vertrauensmänner in der Zentrumspartei und in den Zentrumsgewerkschaften helleidet haben. Der Einberufer erntete stürmischen Beifall, als er gegen die Fürstenkandidatur zu Felde zog. Ein Verteidiger des offiziellen Zentrums, ein Gewerkschaftsbeamter, erklärte, daß auch er vieles in der Zentrumspolitik verurteilen müsse; besonders könne er sich mit dem Vorgehen der Partei in den Steuerfragen nicht einverstanden erklären. Indessen, der Fürst sei ein Mann, der für alle Stände eintreten wolle.

Das Hohngeächel der Versammelten ließ den Redner nicht weiter sprechen. Nicht besser erging es den anderen Verteidigern der offiziellen Kandidatur. Obwohl die Freunde desselben sämtlich gemieat, mit allen Kniffen vertraute Redner, die wenigen Vorführer der katholischen Arbeiter aber unbeholfene Sprecher waren, trugen die letzteren einen vollen Seg davon. Die Empörung stieg aufs Höchste, als die Praktiken bekannt wurden, mit denen das offizielle Zentrum gegen die Ansprüche der Arbeiter gewirkt hat und als darauf hingewiesen wurde, daß die Zentrumspreste die Aufnahme der Versammlungswahlen verweigert hat.

Man ließ schließlich die Verteidiger des Zentrums gar nicht mehr zum Wort kommen, sondern schrie sie nieder. Die Versammlung beauftragte das Komitee, Schritte zur Auslieferung eines den katholischen Arbeitern genehmen Kandidaten zu tun.

Ueber Wankelmütigkeit und Grundsatzlosigkeit der Regierung beschwert sich in einer ihrer letzten Nummern die — freisinnige „Westfälische Zeitung", die bei der eiaenen Rückgratlosigkeit dazu allen Anlaß hat. Ein sicker Herr Lade, der scheinbar unter dem Pseudonym Eidal sonst seine satirischen Wige nur über Sozialdemokraten ausschüttet, liest jetzt Wilow und seinen Trabanten den Text:

Der Angelpunkt der neuen Finanzreform ist, ob die Frage der direkten Besteuerung in einer der bürgertlichen Klassen angemessenen Form gelöst wird. Die Nachlasssteuer ist der einfachste und einwandfreieste Weg einer solchen Besteuerung, das wird selbst bis in die vorerwähnten verwirren konservativen Kreise hinein eingesehen. Sohanneische Führer der Konservativen haben sich in den letzten Wochen bemüht, die Konventionen zur Realisation dieser Steuer zu befehlen. Es ist kein Zweifel, daß die Situation heute wesentlich anders wäre, wenn die Regierung bereits im Herbst vorigen Jahres die Führer der Konservativen Partei entsprechend bearbeitet und ihnen keinen Zweifel gelassen hätte, daß mit der Nachlasssteuer das ganze Reformwerk und damit auch der Reichsanwalt steht und fällt. Denn die Voraussetzung ist immer, daß eine Regierung am Ruder ist, welche weiß, was sie will, und sich nicht als Spielball der Parteien gebrauchen läßt. Eine selbstbewußte, wenn auch reaktionäre Regierung ist und lieber als eine, die heute so und morgen so beschließt. (Man beachte, der Mann ist freisinnig, der das schreibt.) Ebenso hätte über die Art der Besteuerung von Herr Lade und Brantwurm schon vor sechs Monaten mit den Führern der Parteien ein Abkommen getroffen werden müssen. Jetzt ist man glücklich soweit, wie man vor einem halben Jahre sein wollte. Die Nachlasssteuer wird abgelehnt, und die Reaktionsführer des Reiches bemühen sich, einen Ausweg zu finden, den alle Parteien beizugehen können. Die Brantwurm-Steuer wird in einer Form vorgelegt, die von vornherein aussich'los ist, und das End vom Viende ist, daß die Regierung jetzt einen neuen Entwurf aufgearbeitet hat, und der Himmel mag wissen, was mit den hiesigen Steuerentwürfen erst werden wird. Ein Ende ist ja gar nicht abzusehen.

Ein lobenswerter Mann, dieser Lade, der nun in aller Freundschaft die Blamage der Regierung zuschieben möchte, um die eigenen Freunde zu entlasten! Die Verfüllung des Anspruchs an dem Fiasco zwischen den beiden Kontrahenten interessiert uns weniger, nur die Befähigung, daß sie den Druck der Blamage selber fühlen und los zu werden versuchen, nur diese Befähigung muß verzeichnet werden.

Wie stimmen die Parteien in Hoya-Tyck?

Bei der Stichwahl im 6. Hannoverschen Wahlkreise wurde bekanntlich der Deutschhannoverscher v. Dannenberg gewählt. Er erhielt, nach amtlicher Meldung, von 26 694 abgegebenen Stimmen 13.575 gegen 10.119 Stimmen. Die auf den nationalliberalen Kandidaten Dr. Seilingerstadt fielen. Bei der Hauptwahl am 28. Februar hatten erhalten: Seilingerstadt (nat.) 5653, Harris (Bd. der Landwirte, freil.) 3453, Dr. Lemm (freil.) 3163, von Dannenberg (Deutschhannov.) 6317, Henke (Soz.) 3598 Stimmen. Die Entscheidung der Stichwahl ist nicht außerordentlich merkwürdig. Von den ausfallenden Parteien hatten nämlich Freisinnige und Konservativen ausdrücklich Wahlparole für den Nationalliberalen und die Sozialdemokraten, wenigstens nicht für den Welfen ausgegeben. Da sich aber die hannoverschen Stimmen um 7250 vermehrten, haben ohne Zweifel Wähler alle

dieser drei Parteien für Dannenberg gestimmt, teils ohne, teils gegen die Aufforderungen ihrer Parteistellungen. Nur die Volklichkeit, deren sich die Nationalliberalen in den Kreisen der Wähler erfreuen, ist diese Abstimmung, die, zum Verlust eines Kreises führte, sehr interessant.

Wegen des Verhaltens der Nationalliberalen Partei in Hoya-Tyck hat der ehemalige Landtagsabgeordnete, Kommerzienrat Ribot in Schwabach seinen Austritt aus der Nationalliberalen Partei erklärt. — Er hat also anscheinend auch genug.

Ein Antiksemite, der die Wahrheit sagt. Daß die Wähler aus dem pursten Egoismus des Großgrundbesitzertums der Nachlasssteuer widerstreben, betont auch der antilemische Abgeordnete Bruhn in seinem Leitblatt, indem er schreibt:

„Als ein Verdienst kann sich der Bund der Landwirte, wie er es tut, den Kampf gegen diese Steuer sicher nicht anrechnen. In Wirklichkeit richtet sich der Haß der Agrarier nicht gegen die Erbschaftsteuer als solche, sondern überhaupt gegen die Tatsache, daß sie in die eigene Tasche fassen und zahlen sollen. Es kann keinem verdacht werden, daß er gegen ihn treffende Steuerliche Maßnahmen sich wehrt. Daß der Großgrundbesitzer sich gegen die Nachlasssteuer auflehnt, mag von seinem eigenen Standpunkt aus zu billigen sein, aber nicht von demjenigen der Allgemeinheit. Und besonders diejenigen bäuerlichen Kreise, die sich durch die Agitation des Bundes haben einklagen lassen, als sollten sie durch die Nachlasssteuer schwer getroffen werden, befinden sich in einem schmerzlichen Irrtum. Es wird die Aufgabe der kommenden Zeiten sein müssen, wenn die Erbschaftsteuer selbst nicht mehr zur Debatte steht, auf das egoistische Treiben der Führer des Bundes der Landwirte hinzuwirken, um den Bauernstand darüber aufzuklären, aus welchen Beweggründen heraus sich der Bund so heftig auszusprechen, um die Nachlasssteuer zu Fall zu bringen. Nicht die Liebe zum Bauern, sondern das Interesse für den Großgrundbesitzer war die Triebfeder."

Abg. Bruhn muß es wissen, denn er verbankt seine Wahl dem Eintreten des Bundes der Landwirte für seine Person.

Die Apokalypse der Liebe. Der diesjährige Fasten-Sirten-

brief des Bischofs Benzler hat die gemischten Ehen zum Gegenstand. In sehr abfälliger Weise wird die protestantische Auflassung von der Ehe besprochen und nach ultramontanen Grundätzen die Absonderung des katholischen Volksteiles von allen Nichtkatholiken von der Woge bis zur Fahre empfohlen. Die gemischten Ehen werden auch deshalb beklagt, weil sie eine große Versuchung für den katholischen Teil seien, den „irrigten religiösen Anschauungen des anderen näher zu treten, den Absichten vor denselben zu verlierten und so mehr und mehr im eigenen Glauben zu erkalten." Ihr diese Gesellschaft ist die Frage, ob der liebe Gott ewangelisch oder katholisch ist, ein für allemal entschieden.

Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Das Herrenhaus wird seine Sitzungen zum Zwecke der Etatsberatung am 17. d. M. wieder aufnehmen.

Der Seniorensenat des Abgeordnetenhauses hat neuerdings über die Geschäftslage des Hauses beraten. Man war darüber einig, daß die Fertigstellung des Etats bis zum 1. April ausgedehnt ist, ja es ist sogar zweifelhaft, ob die Beratungen des Kultusetales in der Kommission noch in diesem Monat zu Ende geführt werden können. Die Sekundärabwählvorlage soll in den Tagen vom 30. März bis 2. April beraten werden, dann wird das Haus in die Osterferien gehen.

Die Sicherheitsmänner. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der Vergesetzgebung hat letzte die allgemeine Beratung über die Errichtung von Arbeiterausschüssen und Sicherheitsmännern fort. Es wurde ein Antrag beraten, die Sicherheitsmänner nur im Stein- und Bergbau betriebe obligatorisch zu stellen, im übrigen aber es von der Entscheidung des Oberbergamtes abhängig zu machen, inwieweit die Bestellung wünschenswert und erforderlich sei. Die Abstimmung wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Hierauf kam ein Antrag zur Förderung, wonach die Sicherheitsmänner nicht dem Arbeiterausschuß entnommen, sondern neben diesem besonders gewählt werden müßten. Dem wurde seitens der Regierung entgegengetreten. Nach einer weiteren Debatte wurde die Weiterverhandlung auf Dienstag nächster Woche vertagt.

Nationalliberaler Parteitag. In der letzten Sitzung des Zentralausschusses der nationalliberalen Partei wurde der geschäftsführende Ausschuss beauftragt, die Vorbereitungen für den diesjährigen allgemeinen Vertretertag der Partei zu treffen. Dieser

# Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Carl von Sollen.

186

Ich konnte mehr, als daß ich gegangen wäre; die Schläge meines Hagens bröckelten bei Haupte wieder und rauben mir die Besinnung. Wollte sie mir unterlagen, ihre Tochter fernher zu grüßen? Einen anderen Jock dieser Zusammenkunft vermochte ich kaum zu denken. Eigentlich dachte ich gar nicht Johanna nur. Erst Frau Julias Stimme erweckte mich. Und wie sie mich so sanft, so eindringlich ausredete, war ich gleich heubübt. Nein, sie wies mich nicht von sich, sie wollte ihr geliebtes, einziges Kind nicht verdrängen. Denjenigen näher kommen zu lernen, der, obgleich ein Schauspieler, ihr nicht unwürdig schien, jener schon mächtig gewordenen Regierung. Ich will nicht, sprach sie, daß meine Tochter gezwungen werden soll, heimlich, leiten vor mir zu haben, oder mich gar zu täuschen. Ob Sie wirklich sind, von ihr geleitet zu werden, weiß Korbellia noch nicht, und ich muß es erst erfahren. Deshalb fordere ich Sie auf, mit uns zu gehen. Ich habe ganz alleit und habe niemandem Rechenschaft abzulegen, als Gott, meiner Tochter und mir. Wie drei werden miteinander beraten, was zu tun und zu lassen ist. Uebrigens hat Korbellia vollkommenen Freisinn. Ich will nur ihr Verles ... und ihr Vater ist tot."

Wenn Ernst in seinen mehr oder minder ausführlichen Berichten auf diesen Punkt kam, da unterbrach ihn Wulf bisweilen und fragte wohl: „Der mag dieser Vater gewesen sein? Hat Korbellias Mutter niemals umständlicher von ihm geredet?"

Niemals. Sie begnügte sich, zu gestehen, daß bunte Schiller auf ihrer Vergangenheit lagen, die sie, um die Gemütsruhe ihres Kindes ungehindert zu lassen, nicht stiften dürfe; daß der Vorname ein Lebenswiderger, eher Nichts gewesen sei, den sie nicht lange überleben würde, wenn die Pflicht jener Tochter weiter zu bleiben, sie nicht aufrecht erhalten hätte! Daß er einen ehrenvollen Tod gehabt habe; daß er in ihrer Seele verlebte nach wie vor; ... und daß ich sie einigermassen an ihn mahne, durch manche äußere und innere Leiden, daß durch die Art und Weise, wie meine Bekanntschaft mit Korbellia entstanden sei. Dies wäre, fügte sie bei, mir vorzüglich zu danken gekommen in ihrer günstigen Meinung für mich. Auch entschuldigte ihr netter, unerschütterliche Ansehen, die sie offenbar nur geschwätzte, damit Korbellia nicht unheimlich daran werde. ... Unter was gelang, lieber Tod, ich bin nicht abgeneigt, zu glauben, der Mann ist Schauspieler

Waglich, leicht möglich!" küßte dann Wulf und gab dem Gebrüder eine andere Richtung.

Erst war im allgemeinen der Hofmars Truppe beliebt, hatte jedoch einen Feind und einen recht erbitterten. Wenzel konnte den Eindringling, wie er ihn nannte, nicht verzeihen, sich zwischen ihn und Tod gestellt und die ganze Teilnahme des Inspektors auf sich gezogen zu haben; was er wie einen jeden Feind in seine älteren Rechte betrachtete. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit Wulf würde wahrscheinlich zu einem für beide Teile befriedigenden Resultat geführt haben. Das gestattete aber Wenzels bedingungsloses Weilen nicht. Der sich in besseren Augenblicken selbst einen „höhnischen Dickschädel" zu nennen pflegte. Und Wulf beging den großen Fehler, diesen treuen Anhänger zu heranzuführen, was einigermassen verzeihlich war, weil er sein Hüben und Denken sich auf Korbellia, deren Bräutigam und Julia richtete. Das Theater hatte nur infomern noch Bedeutung für den alten Komödianten, als Ersatz Zukunft davon abhing. Das er für diesen erziehen half, kam seiner Umständlichkeit zu Gunsten und begierte seinen Eifer. Je nachlässiger Direktor und Regisseur das Geschäft betrieb, desto wärmer nahm sich der Inspektor der Sache an, und während jene in gewöhnlicher Fabelhaftigkeit dahin lebten, sah wenig um der Anfall Gehelien herkommen, wurde Herr Tod noch und nach zum eigenhändigen Prinzipal, dem Wulf und Beziehung der Stücke überlassen blieben, der folglich alles in Händen hatte und den Vorteil der Kaffe sehr wohl mit Ernst's künstlerischem Vorhaben zu berechnen wußte.

Das hinderte dies glückliche Zusammenwirken keineswegs, daß die drei wenig Verbundenen wegen unterschiedener Kunstansichten häufig auseinander gerieten. Es konnte nicht anders sein. Der irgendlich elegante, moderne, angehende Schauspieler fand dem älteren, an früheren Belegungen und Grundrissen haftenden, unherzlichen Komödianten gegenüber. Jene war das reisende Bandwesen ein Graus, und er vertiefte sich auf die abfälligen Beispiele, welche in biographischen Skizzen darüber enthalten sind. Dieser entgegnete ihm: „Vor achtzig Jahren, ja vor fünfzig Jahren reiste jeder, dem Rang und Reichthum nicht großen Luxus gestattete, fast ebenso erhaben wie die Wanderruppen; das lag in den geringen Annehmlichkeiten jener Zeit. Jetzt, wo die Kommunikationsmittel überall an Bequemlichkeit gewonnen haben, sieht man die Schauspieler in Journalisten, Dilettanten, Schauspieler unherzlichen alle diese Herren zum Mittelstunde. Und sollten erst die Entbehrungen des Lebens treten, dann wird die Beförderung ihrer Truppe für den Unannehmlichen gar zum Abenteuer. Ich kann nicht bestelle, daß die einzelnen auf Geheiß reisen, die jetzt so gewöhnlich überhand nehmen, oder daß die ganze Geheil-

lich, sollen Zuschauer und Darsteller nicht an und mit einander erwidern. Leider hat diese Müßigkeit schon den höchsten Punkt erreicht; die Erschlaffung verbreitet sich immer weiter; das Theater ist in völliger Auflösung begriffen. Es könnte nur dann wiederum erstarren und gesunden, wenn es aufhörte, in größeren (ich sage nicht in ganz großen!) Städten der alljährliche Zummelplatz müßiger, gelangweilter Menschen zu sein: für die Weiber eine Exposition ihrer Reize und ihres Putzes; für die Männer eine Station zwischen Börse, Diner und ... Wenn man wieder ins Theater ginge, um sich daran zu erfreuen, nicht um durch Nebenbinger sich zu zerstreuen und die Hauptache in diesen zu lügen. Wenn es nur bewußtweise eintrübe, wie eine entbehrte, längst ersehnte Festlichkeit! ... Doch das sind fromme Wünsche, und es wird bleiben, was es ward: ein caput mortuum mit Fitterram befangen. Ist nicht das Dichten und Trachten jetzt ausschließlich auf Neugierigkeiten gewendet? Wie wäre sonst möglich, daß affektierte, talentlose Schauspielerinnen ohne Gefühl, ohne Seele, ohne Erfindungsgabe, ohne Verstand, sich bloß durch prachtvolle Toiletten auf Bühnen großer Städte halten und mit minder aufgeduhten, doch wirklich begabten Aktigen rivalisieren können? Wir ist eine solche Kuhbode bezogen, kurz ich in meine gegenwärtige Stellung trat; eine Person, recht wohl gehalten allerdings, doch von jener Schönheit, welche fast läßt, weil sie fast ist, aus der nichts rehet als hochwürdige Umarmung, berechnende Grilleit. Vom Ausdruck warmer Empfindungen, von nativen Anklängen und Natursauten ist niemals die Rede bei ihr. Anstatt lebensfähigen Feuers gibt sie erzwungene, schraubende Wuf; und wo sie ein glühendes Weib sein will, wird sie ein kochender Trache ... was ihr am nächsten liegt. Ihr Angesicht bleibt sich immer gleich, trotz mancherlei Bemühungen, es der Situation anzupassen, es ist immerwährend der Spiegel innerer Leere, die nichts höher stellt als den Spiegel! Ich gab ihr deshalb, nachdem ich sie in einer tragischen Rolle ihr Unwesen mit Beifall treiben gesehen, den Namen: „die besessene Wachsfigur", den einige im Stillen an ihr zweifelnde Theaterfreunde im Stillen weiter gebracht haben; — denn öffentlich an ihr zu zweifeln, tut nicht gut, weil sie die Journalisten bewirkt und begehrt, weil sie die Garnison für sich hat. Ich, der ich das nicht wollte, wagte im Quartier, neben einem Offizier stehend, mehrmals den Kopf zu schütteln. Der junge Herr war mir herausfordernd und fragte: haben Sie etwas gegen die Aufklärung einzuwenden? Ich gestand beschämt, dies sei nicht möglich, weil die Darstellung nicht von der Art sei, daß man irgend eine Auffassung wahrnehmen oder nur erraten könne; die Dame scheine heile, keine überhaupt immer nur sich selbst zu spielen!

(Fortsetzung folgt.)

Ist im letzten Drittel des Septembers in Eisenach stattfinden, und damit zugleich die 50jährige Erinnerungsfest für den Nationalverein verbunden werden, zu dem am 14. August 1869 der Grundstein in Eisenach gelegt wurde.

**Kleinarbeit.** Das Abgeordnetenhaus verlegte am Mittwoch die von der Reichsregierung nachgeforderte Genehmigung zur Strafverfolgung eines Redakteurs unserer dortigen Parteiblätter wegen Verleumdung, die in einem während der Verhandlungen über die Wahlrechts-Reform gebrachten kräftigen Ausdruck gefunden wurde. Der viele Mühe war also bei dem Eifriger umsonst. Dann wurde der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Wahlrechts im Rahmen der Gemeindefürsorge überwiesen. Die kurze Debatte gab unserem Genossen Leinert Gelegenheit, einige aller Vernunft hoffensprechende Bestimmungen der Hannover'schen Städteordnung zu kritisieren und die neuerliche Vorzugnahme der Grundbesitzer bei Eingemeindungen zu brandmarken. Dann wurden noch einige unwesentliche Paragraphen des Gesetzes über die Erweiterung der Beamten zur Gemeindefürsorge überlebt. Schließlich wurde die erste Beratung der Novelle zum Stempelsteuergesetz vorgenommen. Die Erörterung der höheren Stempelgebühren sollen zur Deckung der für die Befolgung der Reform der Beamten notwendigen Mittel dienen. Die bürgerlichen Parteien erklärten sich dann auch mit der Vorlage, die sie als eine Fortsetzung der Beamtenbefolgungsbilligung bezeichneten, einverstanden. Für unsere Partei legte Genosse Heiman dar, daß sie nur dann Stempelsteuern bewilligen könnten, wenn gleichzeitig andere Lasten von den Schultern der breiten Massen genommen würden. Er kritisierte im einzelnen an der Vorlage die sarte Rücksichtnahme, die sie auf die Stempel der reichen Jagdvögel nimmt, und die große Härte, mit der der kleineren Vermögensklassen gegenüber verfahren wird. So sei auch dieses ein und für sich harmlose Gesetz ein Beweis für die Begünstigung, die die preussische Regierung der Landwirtschaft an teil werden lasse. Das Gesetz ging an eine Kommission. Am Donnerstag stehen kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

**Politischer Sensationsprozess in Sicht.** Regierungsrat Martin, der Verfasser des Buches „Kaiser Wilhelm und Kaiser Wilhelm II.“ will gegen alle bisherigen Urteile mit Strafanträgen vorgehen. Die ihn bei Verleumdung seines Buches beledigt haben. Prozesse sollen ihm gegen Genossen werden, die von ihm gemachten Angaben zu beweisen, zu welchem Zweck er den Reichsanwalt, Beamte des Untersuchungsamtes, den Geheimrat Klemm, den Herausgeber des „Daily Telegraph“ und einige englische Journalisten, als Zeugen laden lassen will.

**Die angeforderten sozialdemokratischen Landtagsmandate.** Der Magistrat in Berlin hat dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg die Erklärungen über die Wahllisten zugehen lassen, die als Grundlage für die letzte Landtagswahl benutzt wurden. Die Erklärungen des Magistrats gehen nun dem preussischen Landtag zu, der dann im November weitere Entscheidungen treffen wird.

**Die gerechte Sittlichkeit der Arbeiter.** Im Oratorium Altenburg, in dem Mudei und Sittlichkeitsprediger die höchsten Werten treib, hat man sich wieder einmal angelegen sein lassen, die gefährdete Sittlichkeit der Arbeiter zu retten.

In dem städtischen Kassa war ein Lichtbildervortrag angeordnet worden mit dem Thema: „Die Kunstmoral des Kadeten“. Zur Vorbereitung sollten böhmische Frauengehaltener gelangen. Der Bürgermeister von Kassa, Dr. Heising, verbot den Vortrag mit der Begründung, daß dieser — vor Arbeitern gehalten — die Unästhetik fördere. Wenn der Vortrag vor Künstlern und Gebildeten gehalten werde, sei es etwas anderes.

**Unterstützung der Arbeitslosen durch die Stadt.** Die vom Gewerkschaftsrat Hirschberg vorgenommene Arbeitslosenversicherung ist nicht ohne Erfolg geblieben. Nachdem schon vor einigen Wochen die zweite Rate zur Bezahlung der Kosten der Arbeit von den städtischen Kollegen bewilligt worden war, kam der Magistrat jetzt mit einem neuen Antrage. Die von der Polizei vorgenommene Kontrolle des dem Magistrat vom Kartell übermittelten Kahlmaterials hat ergeben, daß sämtliche Gehälften am Hähltag arbeitslos waren. Zwar wurden vom Magistrat ein Teil ausgeschieden, die nach seiner Meinung nicht durch den wirtschaftlichen Niedergang arbeitslos waren, aber es blieben noch viele Hunderte zurück. Zudem mußte der Magistrat selbst zugeben, daß andere Teile der Hählung arbeitslos wurden. Da bei den Notstandsarbeiten nur ein kleiner Teil Beschäftigung findet, hat die große Mehrzahl nichts. Viele der Arbeitslosen können es nicht über sich bekommen, die öffentliche Armenpflege in Anspruch zu nehmen. In der am 8. März stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzung beantragte der Magistrat: „Alle Arbeitslosen, die in Hirschberg heimatsberechtigter sind, nachweislich keine Arbeit finden können, keine Armenunterstützung beziehen und länger als vier Wochen arbeitslos sind, erhalten von der Stadt wöchentlich ein zinsfreies Darlehen bis zu 12 Mark, rückzahlbar nach sechs Monaten.“ Nach Annahme des Antrages wurden 10.000 Mark dafür bewilligt.

### Ausland.

#### Oesterreich und Serbien.

Die neue Session des österreichischen Reichsrats wurde am Mittwoch eröffnet. Freiherr von Bienerth betonte in seiner Programmrede, zwei Ziele fernzuziehen die gegenwärtige ernste Lage: die Verständigung mit der Türkei und die in Belgrad abgegebene Erklärung des österreichischen Gesandten. Oesterreich-Ungarn sei bereit, mit Serbien über wirtschaftliche und Verkehrsfragen zu verhandeln, wenn es weise Haltung betreffend Bosnien annehme und ein korrektes, freundschaftliches Verhältnis gegenüber Oesterreich-Ungarn einschlagen wolle. Als Gegenleistung, die zunächst der Erledigung harter, bezeichnete er: das Refrutenkontingent, die Eisenbahnverstaatlichung, das Annerlonsgesetz, die wirtschaftliche und Verkehrsfragen zu verhandeln, wenn es weise Haltung annehme.

Von Serbien her werden wieder lebhafteste Stimmen laut. Der faßsam bekannte Kronprinz Georg ließ den Kommandanten des freiwilligen Hilfskorps zu sich berufen und beauftragte ihn, dem Ausschuss der Nationalverteidigung mitzuteilen, daß Serbiens Forderungen unbedingt erfüllt werden würden, und zwar entweder durch territoriale Konzessionen von Oesterreich oder durch solche von Seiten der Türkei. Der letztere Fall sei der wahrscheinlichere, und Rußland werde es übernehmen, die Türkei zur Abtretung eines Teiles des Sandjaks-Nobibajar zu bewegen. Die Truppen müßten sich bereit halten, sofort nach dieser Abtretung in den Sandjak einzuziehen und, noch ehe es darüber zu Konflikten zwischen Oesterreich und Serbien komme, den Sandjak zu besetzen.

Was hat der Kronprinz bei diesen Verhandlungen überhaupt zu tun? Seine Erklärungen sind doch für die Sache.

Man behauptet übrigens in Belgrad mit Bestimmtheit, daß die Regierung den Vorschlag des Grafen Jorgach nicht angenommen hat, was schon daraus ersichtlich ist, daß Vorbereitungen für einen eventuellen Volkskrieg getroffen werden. Heute wurde der Schlußakt einer Vorlage über einen gemeinsamen Zolltarif unterbreitet. Im ungarischen Abgeordnetenhaus zog infolge dessen Ministerpräsident Deckerle die Gesetzesvorlage über den Handelsvertrag mit Serbien zurück. Die Türkei läßt kein Kriegsmaterial mehr durch.

**Aus dem russischen Reichsparlament.** Die Duma setzte am Montag die Verhandlungen über den Etat des Ministeriums des Innern fort.

Die Sozialdemokraten und die Mitglieder der Arbeiterpartei beantragten, das Budget des Ministeriums des Innern abzulehnen, unter der Begründung, das Ministerium verleihe die angewiesenen Mittel ausschließlich zum Gefängnisbau, zum Unterhalt der Polizei und zur Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes. Die Kadetten betonten, daß die Politik des Ministeriums des Innern auf einem unhaltbaren Standpunkte bestünde, da das Ministerium nur durch Anwendung zöher Gewalt, nicht aber durch Anwendung strenggesetzlicher Ordnung die Ruhe aufrecht erhalte. Das Zentrum vertrat die Ansicht, daß Ausnahmezustände nur in Ausnahmefällen eingeführt werden sollten. Wenn ein Ausnahmezustand so lange fortbestehe, daß er zur Norm werde, so sei der Zweck der Einführung des Ausnahmezustandes verfehlt. Der Ausnahmezustand demokratisiere die Behörde und die Administration. Es sollten freibürgerliche Prinzipien durchgeführt werden, damit die verabschiedungswürdigen Erscheinungen der letzten Jahre nicht wiederkehren. In Rußland traten Erscheinungen auf, mit denen die Duma sich nicht befassen könne und gegen die sie protestieren müsse, indem sie von ihrem Recht Gebrauch mache, von der Tribüne herab die Wahrheit zu sagen. Die Gewohnheit, einige Jahre auf Grund eines Ausnahmezustandes zu regieren, mache die Handhabung des Gesetzes unmöglich. Nach der Meinung der Fraktionen der Oksobristen ist der Boden für ein Fortbestehen des Ausnahmezustandes im bisherigen Umfang nicht vorhanden. Die gemäßigten Rechts erkennen die Notwendigkeit der Einführung des Ausnahmezustandes in einer Periode der Wirren an, hält ihn aber für ein untaugliches Mittel, in ruhiger Zeit zu regieren und drückt die Hoffnung aus, die Ausnahmeregelungen würden allmählich abgeschwächt werden.

Im Verlaufe des Referats über die Kommissionsverhandlungen zur Bewilligung von 40 Millionen Rubeln für die Kompletierung von Kriegsvorräten und Munition kritisierte Gutschkow die Tätigkeit einiger Befehlshaber von Militärbezirken, die schwerlich geeignet sei, die Armee zur Kampfbereitschaft zu erziehen.

Am Schluß der am Montag abgehaltenen zweiten Nachsitzung der Reichsduma ergriß nach dem Abgeordneten Gutschkow General Doblanski (Kadet) das Wort und bekämpfte die Verzögerung des Heeres und eine gründliche Reorganisation der gesamten Armee. Reiner verlangte die Befreiung der Truppen von Dienstleistungen im Interesse der inneren Politik.

Abg. Krupenski (Gemäßigte Rechte) billigte die Ansicht Gutschkows und verlangte eine verantwortliche Verantwortlichkeit an der Spitze des Heeres. Kriegsminister Rodiger erwiderte die eingetragenen umfassenden Personalveränderungen in den leitenden Stellen des Heeres und hob die Merkmale des Intendantenwesens hervor. Reiner stellte er angesichts des waffenstarken Europas für die nächste Zeit weitere Heeresreformen in Aussicht. Woiwodin (Sozialist) verweigerte im Namen des russischen Proletariats den gegenwärtigen Reime jeden Rubel. Markow (Extreme Rechte) betonte, daß die Befreiung der Führer nicht im Interesse des Monarchen sei und dessen Verbindungen nicht kritisiert werden dürfen. Er protestierte dann gegen den Kriegsminister, der gewisse Mängel in der Armee kritisiert habe, wozu er nicht berechtigt sei. Hierbei schlug der Redner laut auf das Pult und erzählte einen Ordnungswort vom Präsidenten. Der Kriegsminister verwarf sich dagegen, Persönlichkeiten an leitender Stelle im Heere kritisiert zu haben; er habe nur gefagt, ideale Zustände seien erst allmählich erreichbar.

Darauf fand die Abstimmung statt, deren Ergebnis die Bewilligung von 40 Millionen Rubel zu Militärausgaben war.

Der „Matin“ veröffentlicht ein Schreiben des russischen Revolutionärs Rutenberg, in dem dieser behauptet, daß er es gewesen sei, dem feinerzeit vom Zentralausschuss der Revolutionäre die Mission erteilt worden sei, die Einrichtung des Popen Gapon vorzunehmen.

Die französischen Wahlen vom vorigen Sonntag berechnen auf eine neue das Wachsen der sozialistischen Bewegung und deshalb dürfen die Genossen der geeinigten Partei mit den Wahlergebnissen überaus zufrieden sein.

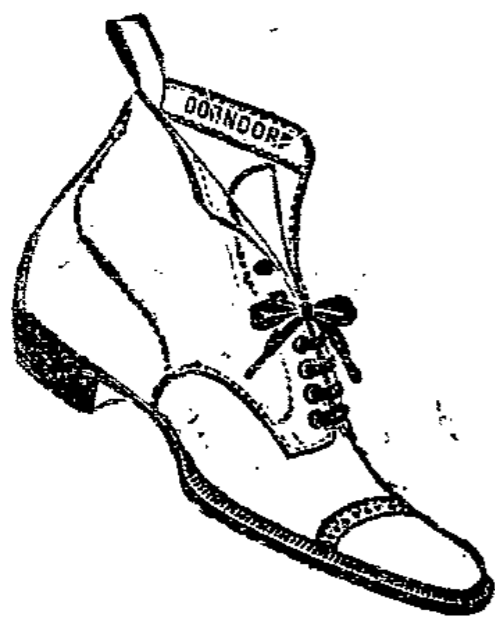
Sie haben ein Mandat aus eigener Kraft erobert und in einem anderen Wahlkreise sind sie nur ein paar hundert Stimmen davon entfernt geblieben. Der dritte Wahlkreis von Lyon war Bestand der Radikalsozialisten, nun ist Genosse Rognon, Hühner, dort gewählt. Er erhielt 4513 Stimmen gegen 2658 im Jahre 1906 — die radikalen Stimmen aber stiegen von 5774 auf 2270 Stimmen. Im ersten Wahlkreise von Lyons war 1906 ein Radikalsozialist mit 12.590 Stimmen gegen 6937 „liberale“, das heißt reaktionäre, gewählt worden. Diesmal hat Genosse Decornie, Buchdrucker, 8996 Stimmen bekommen, die Reaktionäre gingen auf 5568, die Radikalen gar auf 3926 zurück! Der Kreis ist also in der Stichwahl zu holen. Erfreulich ist auch das Anwachsen der sozialistischen Stimmen im Wahlkreise von Doullens (Departement Somme). Genosse Meyrus, Gymnastiklehrer, steht mit 3222 Stimmen an zweiter Stelle, allerdings ohne viel Aussichten für den zweiten Wahlgang. 1906 hat aber die Partei in diesem Bezirk nur 605 Stimmen aufgebracht. Wie stark die Abkehr vom Radikalismus ist, zeigt die Stimmengahl von 2151, die der Herrsche Robert, der eine Kattation im Sinne seiner Richtung betrieb, im städtischen Departement Yonne aufbrachte.

Die Fortschritte des Sozialismus zeigen den Uebergang breiter Wählerkreise vom Radikalismus zur geeinigten sozialistischen Partei an.

### Partei-Angelegenheiten.

Wegen Vorkaufvergehens wurde Genosse Krasser als verantwortlicher Redakteur des „Sächsischen Volksblattes“ vom Zwickauer Schöffengericht zu 50 Mark Strafe bzw. 5 Tagen Haft verurteilt. Das Vergehen wurde darin erblickt, daß in einem Bericht aus Nieder-Hatlau gesagt worden war, ein Genosse aus diesem Orte gebe den Saal nicht mehr zu Versammlungen her und die Arbeiter sollten daraus die richtige Lehre ziehen. Es wurde darin ein Vergehen gegen die amtshauptmannschaftliche Populär-Reinigung erblickt.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Post-Expeditorenstr. 10. — Verlag von Oskar Schö. — Druck von E. Schö. G. m. b. H. — Druck in Dresden. Hierzu 2 Beilagen.



# Der Ausverkauf

Der nach Beendigung der Inventuren in unseren hiesigen Filialen zusammengestellten Dessins vorjähriger Fassons und Restsorten hat begonnen, und zwar nur in den beiden Verkaufsstellen

**Schmiedebrücke 46/47 und Blücherplatz 5.**

Die Preisermäßigung ist eine ganz bedeutende und die Gelegenheit zum Ankauf von Schuhwerk aller Art eine aussergewöhnliche. Der Ausverkauf dauert nur kurze Zeit. Man beachte die Schaufenster.

# Schuhfabrik Dorndorf.

## Bromberg.

Sonntag, den 21. März, nachmittags 2 Uhr im Lokale von Jablonka, Bergkoloniestr. 40

## General-Versammlung

der Saalbau-Genossenschaft Bromberg E. G. m. b. H. Tages-Ordnung: 1. Bericht vom 2. Geschäftsjahr. — 2. Revisionsbericht. — 3. Auflösung der Genossenschaft. Saalbau-Genossenschaft Bromberg E. G. m. b. H.

Der Vorstand.

Johann Meyer. Bruno Fandrey.

## Allgemeine Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. 5. 22. Hamburg.)

Sonntag, den 14. März, vormittags 11 Uhr, im Saale des Stabstiftung „Erla“, Nicolaistraße 27:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Vorschläge zur Delegiertenwahl. 3. Wahl von 4 Beisitzern zum Wahlkomitee.

Eröffnung: Mitgliedsbuch.

Im nächsten Antrage wird 1170. Die...

## Masken-Kostüme

Größtes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Ranges A. Franz Nach. H. Wiersing Messergasse 1, am Neumarkt. — Tel. 7996. Fabrik histor. Festzugs- und Quadrillen-Kostüme.

## Der liebe Gott

und das Unglück von Messina.

Vortrag von Prediger Tschirn.

Nach dem wörtlichen Stenogramm von mehreren Zeitungen abgedruckt. Der Vortrag hat an verschiedenen Orten Gegenwärtige veranlaßt.

1 Heft 10 Pf., 16 Heft 1 M.

Gegen Voreinsendung des Betrages auch vom Verfasser, Dresden, Febr. 10g, portofrei zu beziehen und durch die Expedition der „Volkswacht“.

Am 9. d. Ms. nachm. 3/4 Uhr endete ein sanfter Tod die langen, qualvollen Leiden meines lieben Mannes, unseres treu-sorgenden Vaters, Bruders, Schwagers, Onkels und Schwiegersohnes, des Eisenhählers

**Richard Baier**

im Alter von 55 Jahren 2 Monaten. 1157

Im Namen der Hinterbliebenen

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Breslau, den 10. März 1909.

Schwelzerstr. 14.

Beerdigung: Sonnabend, den 13. März, nachm. 3/4 Uhr vom Allerheiligen-Hospital aus nach dem St. Barbarafriedhof in Kossel.

Am Mittwoch, den 10. März, starb der frühere Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, der Grabenschneller 1170

**Herr Wilhelm Krebs.**

Der Entschlafene war Mitbegründer unserer Genossenschaft sowie bis zu Beginn seines schweren Leidens Vorsitzender des Aufsichtsrates. Sein ehrliches Wollen für die Genossenschaft sichert ihm ein dauerndes dankbares Andenken.

Konsumverein für Gottesberg u. Umgegend E. G. m. b. H.

Der Aufsichtsrat.

Der Vorstand.

L. A.: Hermann Louser. I. A.: Georg Florkowski.

## Die Gleichheit

Am 14. März erscheinend. Seit 10 Nummern.



## Militärdebatten.

Militärmusik. — Kriegshunde. — Wandver. — Reservisten.

Federbüchse — Schützenvereine. — Remontepferde.

In der Budgetkommission des Reichstages hatte zum Schluss der Sonnenabendung eine vielbesprechende Debatte begonnen über die Forderungen für Militärmusik. Mit Heftigkeit hatte sich der Kriegsminister gegen alle Bestrebungen gewandt, die auf eine Herabsetzung der Zahl der Musiker in den Regimentsmusikern abzielten.

Zu Beginn der Dienstag-Sitzung wurde die Debatte fortgesetzt, aber mit wesentlich herabgesetzten Tönen auf Seiten der Zentrumsoptionen. Ein Antrag, von den geforderten 388 Stabsmusikern, 4466 Souboliten und 477 Vatalionsstambouren 700 als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen, wurde abgelehnt. Die geforderten Musiker wurden also in voller Zahl wieder bewilligt.

Was ist ein Rebus-Geschenk? Diese Frage wurde aufgeworfen bei einem Titel, unter dem 85.141 Mark gefordert werden. Der Kriegsminister setzte auseinander, daß aus diesem Fonds Geschenke an die Unteroffiziere und Mannschaften gegeben werden, über die der Kaiser Rebus abhalte. Selbstverständlich bewilligte die Kommissionmehrheit daraufhin die geforderte Summe.

Im Handumdrehen wurden dann weiter für zahlreiche Kapitel ohne Debatte einige Duzend Millionen bewilligt. Als „Allgemeine Unkosten“ werden in sechs verschiedenen Titeln sechs Millionen Mark gefordert. Der Korreferent Frölicher beantragt Abstriche von 40.000 Mark zu machen. Es wurden 20.000 Mark abgezogen. Frölicher, der im übrigen sonst unthätig, wußte von dem Titel, die für die Kriegshunde verlangt werden, 1500 Mark sparen. Die Debatte ist damit im wahren Sinne des Wortes auf den Hund gekommen. — Nachdem Professor Görde sich verabschiedet für den Hund erwärmt hatte, wurden 1500 Mark bewilligt.

Etwas bedeutungsvoller gestaltete sich die Aussprache über die Summen, die für Übungen im Gelände, Anarsisübungen, Landungsübungen und Kuffarungsübungen und die damit verbundenen Flurenbeschädigungen verlangt werden. Es handelt sich um die Summe von 2.250.000 Mark. Es wurde verschiedentlich behauptet, daß für Flurenbeschädigungen von den Großgrundbesitzern Forderungen gestellt werden, die ins Uferlose gingen. Die Militärverwaltung sei leider viel zu sparsam. Es wurde weiter behauptet, daß noch besondere Übungen veranstaltet werden sollen, weil die Regimenter Geld für Flurenbeschädigungen übrig gehabt hätten. Nach einer ausgedehnten Debatte wurde die ganze Summe bewilligt.

Der Abgeordnete Stücken trägt die strengen Bestrafungen von Mannschaften des Beurlaubtenlandes. Mit dem System, das die Mannschaften des Beurlaubtenlandes am Tage der Kontrakt-Versammlung den ganzen Tag unter das Militärgefetz stellt, müsse gebrochen werden. — Nach längerer Debatte fand eine Resolution Annahme, in der gefordert wird, daß in Zukunft statt der Arreststrafen Geldstrafen zulässig sein sollen.

Am Mittwoch legte die Vertana sofort mit Lebhaftigkeit ein bei dem sehr kostspieligen Kapitel: Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände. Gefordert werden für persönliche und sachliche Kosten 34.469.669 Mark. Während von Zentrumseite der Wert der Bekleidungsgegenstände bewiesen und der unumgängliche Abschaffung empfohlen wird, tritt der General v. Poschom entgegen für die Bekleidungsgegenstände ein. Sie hält sich während und produziert wesentlich billiger als die Bekleidungsgegenstände. Herr v. Poschom macht folgende interessante Bemerkung über die Kosten der vollständigen Bekleidung eines Soldaten einschließlich ein Paar Schuhe.

Da die Bekleidungsgegenstände	75,81	81,65	79,17
Durch Zivilunternehmer	92,82	98,84	94,16

Abg. Roske sprach sich für die Verbehalten der Bekleidungsgegenstände aus. Diese a beiten rationeller, als die privaten kleinen Betriebe. Aber auch aus anderen Gründen sei ihre Verbehalten erwünscht. Die Abgabe der Arbeit an Kleinmeister bedeute eine Förderung des Glend in der Heimindustrie.

Abg. Beyer bestätigt diese Angaben ausdrücklich. Die Debatte endete mit dem Titel: Beschaffung des Bedarfs an Tuch-, Fein- und Baumwollstoffen; gefordert werden dafür 11.800.000 Mark. Da die Preise für die erwähnten Stoffe wesentlich gestiegen sind, werden Abstriche erfordert und nach stundenlangem Tebatte auch in der Höhe von 2.000.000 Mark.

## Aus aller Welt.

**Die Toten von Raddob.** Nachdem man am Dienstag auf der Heide Raddob mit den Aufräumungsarbeiten bis an die erste Leiche gelangt war, fand am Mittwoch Vormittag durch den Untersuchungsrichter und drei weitere Beamte der Staatsanwaltschaft Männer eine Befahrung der zweiten Sohle statt. An der Befahrung nahmen teil Vertreter des Oberberamts Dortmund, des Bergereis Hamm, der Polizeipolizei von Hbvel, der Kreisarzt des Kreises Mündinghausen und der Knappschaffsamt Dr. Meyer. Der Arbeiterauschuss war schon früher eingefahren. Eine Leiche wurde freigelegt. Sie wurde unten eingefahrt und zugabe bebrdet. Nach Aussage des Kreisarztes war sie vollständig mumifiziert, geruchlos, trocken, verbrannt und unkenntlich. Ein zweites Leiche ist schon sichtbar; sie muß aber erst freigelegt werden, da sie ganz unter Gestein liegt. Auf dem Felsenplateau ist alles still und unthätig; es fanden keinerlei A sammlungen statt. Gegen elf Uhr trafen von Münster der Degerent für das Sanitätswesen und ein Medizinalrat ein. Im Laufe des Vormittags ist ferner ein Militärdetachment von zwölf Mann auf der Heide Raddob angelangt.

**Neue Hochwassereinfahrt in der Altmark.** Infolge telegraphischer Order aus Sachsen ist eine Kompanie Spondbauer Bioniere mit Kontons und vielen erätschelten von neuem in das Ueberflutungsgebiet der Elbe ausgerückt, da durch das Tauwetter wieder Hochwasser befürchtet wird. — Die Hauptbahnstrecke der Altmark Wittenberge—Stendal ist wieder in Betrieb genommen worden. Auch die Anschlussstelle auf der Bahnstrecke Osternburg—Zeruchen konnte schon vor einigen Tagen befreit und damit die Bahnverbindung zwischen den beiden altmarkischen Städten wieder hergestellt werden. Die Ausbesserungsarbeiten an den Schienen sind so weit vorgeschritten, daß alle Verbindungen dem Verkehr übergeben werden konnten, doch sind die Reparaturarbeiten zum Teil noch provisorischer Natur. Die Schienen können erst im Sommer ordnungsgemäß wiederhergestellt werden. An eine Wiederannahme landwirtschaftlicher Arbeiten auf den Feldern ist jedoch vorläufig nicht zu denken. Ausgedehnte Gebiete stehen noch immer unter Wasser, das bis zu einer Tiefe von 40 bis 50 cm gestiegen ist. Die Entfernung dieser Gischicht muß selbstverständlich der Natur überlassen bleiben. Wo die Niedergelände wasserfrei geworden sind, hat man teilweise den Versuch gemacht, den Boden zu entlanden; eine überaus schwierige Arbeit, die bisher nur geringe Erfolge aufzuweisen hat.

gemacht. Obwohl früher die Zulage vom Kriegsminister gemacht worden ist, daß Ausstellungen neuer Truppenenteile mit längeren Bekleidungsgegenständen (Knapfen, Helmbeschlägen) nicht mehr stattfinden soll, ist ein neu angeordnetes Aderement trotzdem nach der alten Schablone bestellt worden. Auf die Mängel dieses Verhaltens antwortet der Kriegsminister ziemlich gerührt; er verteidigte auch selbst die Schuldstücke der Truppen für die Parade gemacht, die Federbüchse und Schützenknäure. Der Leichen mache den Soldaten an den Paradedagen eine gar zu große Freude.

Die Besprechung dieses Titels endete mit der Annahme einer Resolution, in der der Wunsch ausgedrückt wird, daß die Arbeits- und Lieferungsvergebungen durch die Reichsmilitärverwaltung künftig nicht mehr nach dem bisher angewendeten Mittelpreisverfahren stattfinden möge.

Nach dem dann bei den verschiedenen Titeln noch einige Zehntausend Mark, in einem Falle 100.000 Mark gefordert worden sind, verlagte sich die Kommission für eine Stunde.

Nach kurzer Mittagspause legt die Puberkommission ihre Beratungen fort bei dem Titel: Beschaffung und Unterhaltung der Geräte. Es wurden 934.455 Mark gefordert und nach längerer Debatte bewilligt. Zur Unterhaltung, Verbesserung und Erhaltung von Übungen- und Schießplätzen werden 2201.227 Mark gefordert.

Verlangt wird vom Abg. Singer, daß der Etat klarer und durchsichtiger aufgestellt wird. — Der Titel wird bewilligt mit der Maßgabe, daß er in kommenden Jahre in dem von dem Abgeordneten Singer angegebenen Sinne gestaltet wird. An Manuskripten werden 2.239.580 Mark verlangt. Die Summe ist bestimmt für die Beschaffung von Holz, Lagerholz und zur Erhaltung von Klurschäden usw. Die Frage, ob mit Manuskripten auf die schlechten Finanzverhältnisse von großen Wäldern in diesem Jahre nicht abgesehen werden könne, wird vom Kriegsminister bestimmt verneint.

In rascher Folge werden dann zu zahlreichen Positionen einige Duzend Millionen Mark bewilligt, einige zehntausend Mark gefordert.

In erregter Auseinandersetzung kam es noch einmal in der letzten halben Stunde bei dem Titel: Ankauf von Remontepferden, wofür 10.336 Mark verlangt werden. In dem Bereich der Debatte wurden nicht nur die Pferde, sondern auch die Preise für Futtermittel einbezogen. Der Einfluß des Zolltarifs von 1912 wurde dabei verschiedentlich betont.

Um 5 Uhr Nachmittag verlagte sich die Kommission bis zum Donnerstag 10 Uhr.

## Partei-Angelegenheiten.

**Reichstagskandidatur.** Die Wahlkreisversammlung von Döbeln hat einstimmig den Genossen Karl Viala-Leipzig wieder als Reichstagskandidaten aufgestellt.

**Der Organisationsentwurf in den Organisationen.** Die Generalversammlung des Wahlkreises Dortmund-Hörde beschloß, beim nächsten deutschen Parteitag an beantragen:

„Wollt der regelmäßige Parteitag wie bisher im Monat September jeden Jahres stattfinden, den 30 des Organisationsentwurfs dahin abändern, daß das Geschäftsjahr für alle Parteiorganisationen vom 1. April bis 31. März läuft. Absehendendfalls ist der § 9 des Entwurfs dahin abzuändern, daß der Parteitag im November jeden Jahres stattfinden habe. Im § 6 ist dementsprechend die Berichterstatter der Kreisvereine an den Parteivorstand bis zum 15. August verlängert festzusetzen.“

Zum Parteitag wird der Wahlkreis drei Delegierte entsenden. **Zentrum und Arbeiter.** Die unter diesem Titel vor Jahren erschienen und seit einiger Zeit im Buchhandel vergriffene Broschüre ist jetzt wieder in neuer Bearbeitung erschienen. Die Faltung des Zentrums bei der Gewerbeordnungsnovelle von 1908 ist bei den Ergänzungen berücksichtigt. Das Generalreplikat der Broschüre kostet 10 Pf. Zur Massenverbreitung kann die Broschüre ohne Umschlag das Tausend zu zehn Mark bezogen werden.

## Arbeiterbewegung.

**Achtung, Schuhmacher!** Die Schuhmachergehilfen in Rattowitz stehen mit ihren Arbeitgebern in Differenzen. Ein Lohnarif, den die Gehilfen für unannehmbar halten, soll ihnen durch die Meister aufgezungen werden. Kollegen, meldet deshalb Rattowitz und das obersteleische Industriegebiet.

**Die Eisverhältnisse der Ostsee vor Altm sind durch den jetzt wieder mehenden Ostwind die an Unfällen des ganzen Winters. Die ganze Küste ist vollständig von hohen Eiswällen blockiert. Die Vordampfer Sa mit Treibeberg haben die Habiten rinstellen müssen, es hat sich soviel Eisschutt und Fracht angeammelt, daß der Peronen- und Güterverkehr über Warnemünde—Gjedler umgeleitet wird. Zwischen Binz und der Kreiswalder Die wu den stern acht Dampfer mit Kohlage im Eise gesteckt. Es ist aber ganz unmöglich, ihnen Rettung zu bringen. Wenn der Wind nicht bald wieder abnimmt, ist das Ende der Gefahr nicht absehbar.**

**Arzt und Erpresser.** Unter dem Verdacht der fortgesetzten Erpressung und des Einbruchs ist in Berlin der 30 Jahre alte Damen Schneider Fritz Bernhardt verhaftet worden. Bernhardt bewohnte seit 1/2 Jahren mit dem praktischen Arzt Dr. Wilhelm Hottendorf, einem 41 jährigen Junggeheilen, die Hälfte des ersten Stock. Die Frau Bernhards führte bis zum 1. April v. Js. die Wirtschaft, dann trennte sie sich von ihm und ging nach Moabit. Seitdem ließen sich der Arzt und der Damen Schneider den gemeinsamen Haushalt von Aufwärterinnen besorgen, die häufig wechselten. Im Laufe und in der Nachbarschaft hegte man schon lange den Verdacht, daß die beiden miteinander in unaufrichtigen Verhältnisse ständen. Vor vierzehn Tagen starb Dr. Hottendorf im Krankenhaus, nachdem er Gift genommen hatte. Bernhardt wird jetzt beschuldigt, ihn durch fortgesetzte Erpressungen in den Tod getrieben zu haben. Er soll den Medizinern so in der Gewalt gehabt haben, daß dieser, obwohl er ein vermöglicher Mann war, seinen wirtschaftlichen Untergang vor Augen sah. Nach dem Tode Dr. Hottendorfs erhob Bernhardt den Schein des Arztes und eignete sich alle Verhältnisse an, die er erhielt. Als Ende voriger Woche zur Regelung der Erbchaft eine gerichtliche Aufnahme des Nachlasses in der Wohnung stattfand, stellte sich der Diebstahl heraus. Infolgedessen wurde Bernhardt verhaftet.

**Vulkanische Ausbrüche auf Neuseeland.** Lebhaft vulkanische Vorgänge wurden auf Neuseeland wahrgenommen. Wie ein Telegramm aus der australischen Hauptstadt Sydney meldet, ist der auf Neuseeland liegende Feuerbergste Berg Aorua in Tätigkeit. Die Lava fließt die Abhänge herab. Am Fuße des Berges sind aufsteigend neue Krater entstanden. Die Umgegend ist weitenweit mit einer dicken Staubschicht überzogen.

**Im Luftschiff über den Atlantischen Ozean.** Einen kühnen Plan hat ein Deutsch-Amerikaner dem Grafen Zeppelin unterbreitet: er will in einem Doppel-Luftschiff den Atlantischen

**Streit brecherer und Rautionsschwindler.** Ein Parreau zur Beschaffung von Arbeitswilligen eröffnete Anfang vorigen Jahres ein Baumunternehmer Otto Wenzel in Berlin. Er verpflichtete sich, besonders bei Bauarbeiten Preisstreitbrecher zu liefern. Aber das Geschäft ging schlecht, herysch schlecht. Er nahm im Januar nur 1 Mk., im Februar 15 Mk. ein, erst im Mai brachte er es auf 400 Mk. Auf eine Schlichtung mehr oder weniger kam es nun dem invariablen Geschäftsmann Wenzel nicht an und da er es einmal auf die Schlichtung der Arbeiter abgesehen hatte, so wollte er jetzt seine Angelegenheit. Er schwindelte ihnen vor, sein Geschäft ginge auszugehen, sicherte ihnen 180 Mk. monatliches Gehalt zu und brachte sie dadurch dahin, daß sie ihm eine Kautions stellten. Er ver sprach, diese auf einer Bank an hängen zu legen, tat das aber nicht. In 15 Fällen erschwindelte er so durchschnittlich je 600 Mk. Vom Landgericht Berlin I bekam er dafür 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Das Reichsgericht bestätigte das Urteil.

**Was ist eine „angenehme“ Mittagspause für Handelsaneseit? Das Straßburger Schöffengericht hat in einem Streitfall entschieden, daß dem Handlungsgehilfen, das im Hause des Prinzipals in Kost ist, mindestens eine Stunde Mittagspause gewährt werden muß. Das sei angemessen. In vielen Fällen ist die Mittagspause nur so knapp bemessen, daß sie gerade zum Einnehmen der Mahlzeit reicht. Für die Handlungsgehilfen, die außerhalb des Geschäftes essen, ist durch § 139c, Absatz 3, der Gewerbeordnung die Mittagspause auf mindestens 1 1/2 Stunde festgesetzt.**

**In Sachen Raddob.** Die Verurteilung der Rechenverwaltung, die gravierenden Angaben des Raddob-Delegierten auf dem Bergarbeiterkongress zu bestreiten, haben einen Bergmann, der mit zur ersten Rettungskolonie gehörte, veranlaßt, in einem Briefe an die „Bergarbeiterzeitung“ die bestrittenen Angaben als zutreffend zu bestätigen. So wird z. B. die Behauptung der Verwaltung, sie habe für eine besonders zuverläßige Witterungskontrolle Sorge getragen, in dem Briefe durch folgende Sätze illustriert: „Die ungenutzte Peanmie aber waren, wie ich, daß solche, wenn sie die Dorette befeh, einfach auf der Tafel vor das Datum umschrieben, den Kermerk rein aber stehen ließen. Nach Wetzern war aber nicht kontrolliert worden. Ich hatte Wetzern vor Ort stehen. Witterungskontrolle habe ich nicht gefannt.“ — Und an anderer Stelle des Schreibens heißt es: „Dann will die Rechenverwaltung den Beweis führen, daß der Schacht am Unalldia e um 6 1/2 Uhr früh wieder farbar gewesen sei. Auch hier hat Thomas recht, wenn er sagt, daß der Schacht infolge des fehlenden Material erst um 8 1/2 Uhr farbar wurde. Ich selbst bin um diese Zeit mit den ersten Rettungskolonnen eingefahren. Des weiteren bestätigt der Schreiber des Briefes, daß es am 11. November tatsächlich vor Ort 27 gebrannt hat, wofür er noch mehrere Zeugen benennen könnte.“

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. März.

### Geschichtskalender.

12. März.

1365 Stiftung der Wiener Universität.  
1824 Der Physiker Robert Kirchhoff.

### Gegen den Polizeipräsidenten Dr. Bientz

und dessen eigentümliche Auslegung des Reichsvereinsgesetzes hat sich schon wieder ein deutsches Gericht deutlich ausgesprochen. Es handelt sich um folgenden Fall aus Leipzig, der ganz genau so geartet ist, wie der des Genossen Reutich, der aber in Breslau zur Verurteilung, in Leipzig zur Freisprechung geführt hat.

Das sächsische Ministerium des Innern hat in einer Entscheidung vom 21. November 1908 den sozialdemokratischen Wahlvereinen den Vereinscharakter abgesprochen und ihre Versammlungen zu öffentlichen gehalten. — Sonnabend hatte sich Genosse Alpinist als Leiter des Leipziger Agitationskomitees, von verantworten, weil er gegen die Bestimmungen des Vereinsgesetzes verstoßen haben sollte. Die Verurteilung wurde durchgesetzt, daß v. eine am 11. Dezember abgehaltene Parteiverammlung, die sich mit der Wahl der Delegierten zur außerordentlichen Landeskonferenz befaßt, nicht als öffentliche politische Versammlung politisch angemeldet hatte, wozu nach den Bestimmungen des Gesetzes und den bei der Beratung der Vorlage gemachten Versprechungen gar kein Grund vorlag. v. hatte

Ocean überkreuzen. Ein Telegramm aus Zürich meldet den „B. Z.“: Josef Bruder, der frühere Herausgeber der „Illinois Staatszeitung“, ist mit dem Grafen Zeppelin überreingekommen, am 25. Juli d. J. von Cadix aus eine Fahrt mit dem Pentballon nach Westindien anzutreten. In der Fahrt sollen die namhaftesten Aeronauten Europas teilnehmen. Man denkt wünschlich jener Route zu folgen, die Columbus bei der Entdeckung des neuen Erdteils eingeschlagen hatte. Die Reise beansprucht eine Woche.

**Brand des Telephonamts in Turin.** In auffallender Weise mehrten sich in letzter Zeit die Brände in Telephonzentralen. In Paris ist das Telephonamt von den Flammen zerstört worden, aus Neapel wurde kürzlich das gleiche gemeldet, und nun wird gemeldet, daß das Telephonamt von Turin auch in Flammen steht. Das Feuer bedroht auch das Haupttelegraphenamt der Stadt. — Von anderer Seite wird noch depeschiert: Der Brand ist wahrscheinlich dadurch verursacht, daß infolge des Schnees mehrere einlache Telephonbrände auf andere Telephonbrände herabfielen. Der Außendienst ist nicht gestört, an der Wiederherstellung des Stadtdienstes wird gearbeitet. Die Urkunden sind geborgen.

**Der Mann mit der Klingel, der in den Wartezellen der Eisenbahnstationen die Reisenden an das „Einsteigen“ in die abgehenden Züge gewahrt, dürfte mit der Zeit auch von der Weltliche verschwinden. Die Staatsbahnverwaltung hat bereits in ein zelnen Direktionsbezirken Versuche mit einem „Abzug-Aparat“ anstellen lassen, der sich, s. V. in Halle a. S. bewährt. Der Aparat besteht aus einem Transparent, auf dem die zur Fahrt bereitstehenden Züge, ihre Zielstation und Abgangszeit, deutlich lesbar erscheinen, sobald die elektrische Leitung vom Stationsbureau ans in Tätigkeit gesetzt wird. Die Zahl der zur abgehenden Zeit herabfallenden Klappen richtet sich nach der Zahl der abgehenden Züge, und an größeren Stationen muß der Aparat daher 10 eingeteilt sein, das zwei oder drei Abzugsapparate gleichzeitig erscheinen können, um die bevorstehende Abfahrt der verschiedenen Züge rechtzeitig bekannt zu geben. Freilich ist der „Abzug-Aparat“ noch zu besserungsfähig; die ständige Beobachtung des geräuschlos arbeitenden Transparenzapparates die wartenden Reisenden nicht voll befriedigen; es müßte zugleich, beim Fallen der Klappen, ein Glockenzeichen ertönen, sobald der Mann mit der Klingel, der heute die Züge abruft, ganz erlischt. Wünschlich hat deshalb der Fabrikant-Ausschuß weitere Versuche empfohlen und wüßte v. Weitzmann die Direktoren zum Bericht darüber anzufragen, auf welchen Bahnhöfen bisher schon solche Apparate aufgestellt worden sind, wie sie sich bewährt haben, und ob daneben noch „abgerufen“ wird.**

der Bestimmung die Besetzung öffentliche Versammlung weggelassen, weil es sich um eine Vereinsbesammlang, zu der nur Mitglieder Zutritt haben dürfte. Die Behörde war aber anderer Meinung. Sie erklärte die Mitgliederzahl in den Versammlungen sei eine so große und die Verbindung eine so feste, daß von einem Verein im Sinne des Gesetzes nicht gesprochen werden könne. Also ganz so wie Dr. Vient.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht gab V. zu, daß in der betreffenden Bestimmung politische Fragen mit behandelt werden sollen. Das ist aber auch Vereinen gestattet, ohne daß diese Verhandlungen dadurch den Charakter der Versammlung bestimmen. Die große Zahl der Mitglieder könne auch nicht dazu benutzt werden, den Charakter des geschlossenen Vereins illusorisch zu machen. Es komme lediglich auf die Art der Organisation und des Zusammenhanges der Mitglieder an. Am vorliegenden Falle handle es sich um festgesetzte Organisationsmitglieder, die seit Jahren bestanden. Eintrittsgeld und feste Mitgliedsbeiträge erheben, und deren Mitglieder durch gemeinsame Interessen verbunden seien. Die Versammlung am 11. Dezember sei schon dadurch als nichtöffentlich gekennzeichnet, daß eine strenge Kontrolle vorgenommen wurde und nur Mitglieder zugelassen wurden.

Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Dr. Gübler, führte aus: Das Ministerium des Innern bezwecke aus politischen Gründen, die Parteiverfassungen der sozialdemokratischen Verbände zu öffentlichen zu machen, um sie der Polizeiaufsicht zu unterstellen. Nur zu diesem Zwecke werde vom Ministerium des Innern die Frage der gerichtlichen Entscheidung aufgeworfen. Es sei daher ohne Wert, wenn der Amtsanwalt sich auf die Zustimmung des Ministeriums berufen habe. Die Entscheidung des Reichsgerichts im 21. Bande der Entscheidungen in Strafsachen, Seite 256, sage, daß die Öffentlichkeit einer Versammlung nicht schon deshalb ausgeschlossen ist, weil in der Versammlung nur Mitglieder eines Vereins zugelassen würden. Die Öffentlichkeit einer Versammlung bestehe dann nicht vor, wenn die versammelten Personen durch ein inneres Band und durch wechselseitige persönliche Beziehungen zu einem geschlossenen Kreise verbunden seien. Es sei auf dem Gebiete politischer Vereinsbildung denkbar, daß ein Verein eine so große räumliche Ausdehnung und eine so große Anzahl von Mitgliedern habe, daß seine Organisationsform eine solche sei, namentlich wenn der Erwerb und der Verlust der Mitgliedschaft an geringe Voraussetzungen gebunden sei.

Der Verteidiger verwies weiter auf die Motive zu § 2 des Vereinsgesetzes, wo diese Entscheidung nicht und ausgeführt ist, daß es für die rechtliche Beurteilung der Frage nach der Öffentlichkeit einer Versammlung keinen Unterschied mache, ob eine Versammlung eine Vereinsversammlung ist oder nicht. Dieser Punkt in den Motiven ist in den Kommissionsverhandlungen ausdrücklich erörtert worden, und zwar hat der Staatsanwalt (nach dem Bericht der Kommission, Nr. 519, S. 54) ausgeführt, der Entwurf gehe keinen Anlaß zu Befürchtungen dar, daß die politische Überwachung allgemein für Vereinsversammlungen eingeführt werde. Die Bestimmung, daß eine Vereinsversammlung unter keinen Umständen eine öffentliche sein solle, könne nicht getroffen werden, weil man der Umgebung sonst Tür und Tor öffne. Man solle nur an die Scheinvereinsbildungen denken.

Nach Ansicht des Verteidigers kann sonach eine Vereinsversammlung nur dann als eine öffentliche gelten, wenn es sich um einen selbstbestehenden Verein, sondern um eine Scheinvereinsorganisation handle. Bei den sozialdemokratischen Verbänden sei bekannt, daß die Mitglieder sich untereinander verbunden seien, schon dadurch, daß den Mitgliedern im Statut weitgehende Verpflichtungen zur Mitarbeit auferlegt würden. Bei den Parteiverfassungen komme überdies hinzu, daß nur besonders interessierte Parteimitglieder regelmäßig befragen und daß die Teilnehmer an solchen Versammlungen ganz ungewöhnlich einen durch gemeinsame Interessen und Pflichten fest miteinander verbundenen Kreis bilden.

Das Gericht schloß sich den Ansichten des Angeklagten und der Verteidigung an und erklärte auf Freisprechung.

Es hat sonach die von den Parteien behaupteten Argumente gegen die sozialdemokratischen Vereine für ungegültig erklärt.

### Arbeiterschaft und Demokratie.

Ein überaus interessantes und ergiebiges Thema, das bisher in der politischen Propaganda der demokratischen Parteien eine untergeordnete Rolle spielte, ist eine Erörterung der Bedingungen, die die junge Partei unter der Arbeiterschaft zu machen hofft. Das ist deshalb noch ziemlich neu, weil für die Leute um Wetzlar und Bielefeld, weil diese ihre ganze Kraft bisher darauf konzentrierten mußten, unter jenen der geringen Scharen des Bürgertums noch Gleichgesinnten zu suchen, die der Beruf der Sozialdemokratie nicht mißachten wollen, und ihnen die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Junkertum mit der Sozialdemokratie vor Augen zu führen. Arbeit allein soll man nicht machen; auch unter den Arbeitern sonst man an nach Anhängern umhau zu halten. Aber dann bringen die Demokraten in ihre politische Arbeit eine gewisse Zweckmäßigkeit und eine natürliche Konsequenz mit der Sozialdemokratie hinein, woraus sich allerlei vorzeitige Arbeitsfragen ergeben. So recht klar wurde das in der geistigen Mitglieder-Versammlung der hiesigen Ortsgruppe der demokratischen Vereinigung, wo Herr Schiffer Pohl über das genannte Thema vor einer wenig zahlreichem Zuhörerzahl referierte.

Recht wurde die Klarheit der Ausführungen des Redners durch ständige Unbeholfenheit gerührt. Er schilderte die Notlage der Arbeiterschaft, die jetzt in den Zeiten der Krise das drückendste mühe, das ihr die bessere menschliche Organisation an Verbesserung gebracht, kennzeichnete die Herrschaft der Agrarier über das Land und den Terrorismus des von der Regierung unterstützten Unternehmertums, demgegenüber das Kooperationsrecht der Arbeiter nur auf dem Papier stehe. Durch seine Erklärung bei der Finanzreform habe der Freisinn die letzte Rest von Vertrauen unter der Arbeiterschaft eingebüßt, und man müsse sagen, daß sich keine Partei außer der Sozialdemokratie erhebe, die die Arbeiter entgegennehme, die bei den letzten Wahlen von den Bürgertümern in so schmerzlicher Weise belächelt worden sei. Als dann Herr Pohl gar noch von der kapitalistischen Produktionsweise sprach, der die Arbeiter das periodische Krisenleid zu danken hätten, und nochmals die Sozialdemokratie in die Pflicht, konnte man mit gutem Recht annehmen: am Ende kommt der Ruf an die Arbeiter, sich zur besten Verwertung ihrer wirtschaftlichen Interessen bei der Sozialdemokratie anzuschließen. Mit diesem Unmittelbar bezeugte Pohl auf einmal die demokratische Vereinigung als die Partei, der die Arbeiter in dieser Zeit beizutreten hätten; sie allein könne die Arbeiter und das ganze nationale Bürgertum wieder hochbringen.

Gegen diese merkwürdige Logik wandte sich Gerlach abgesehen. In seinem Reden habe sich Herr Pohl zu ganzen sozialdemokratischen Phrasenologie betannt, ohne indes die geordneten Konsequenzen zu ziehen. Bei der Arbeiterschaft würden die Arbeiter der demokratischen Vereinigung wenig Sinn haben! Jede noch der eigenen Unterwerfung der Demokraten die Sozialdemokratie für die Arbeiter bereits unendlich viel gekostet, die demokratische Vereinigung sei hingegen erst etwas werdendes, das zunächst großen Nutzen nicht abgeben dürfte. Wenn großer Optimismus sich dabei nicht angebracht. Jede noch der ganzen Partei des Reichstages in einem wirklichen Zusammenhange mit der gewählten wirtschaftlichen Organisation der letzten Jahre habe. Die in's Konkrete der hiesigen Partei habe mit der gemeinsamen Arbeit und Selbsttätigkeit

schafflichen und damit die politischen Interessen der Bourgeoisie nach rechts gedrängt. Diese sei ganz von ihrem Interessengleichnis zur Arbeiterschaft durchdrungen und müsse die historische Pflicht überlebe. Junkertum in der Rolle der kapitalistischen Schlinge wider das Proletariat. Auf diesem heiligen Boden, jenseits die Sozialdemokratie, werde sich schließlich eine neue Partei anschieben können, so sehr das im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen das Junkertum zu wünschen sei; bei einem Stöße von Offizieren und einem Rühmlein der sieben Auftritten in den großen Städten werde es wohl selber bleiben. Und die Arbeiterklasse gelte zur Sozialdemokratie.

Es versteht sich, daß diese Ausführungen den Widerspruch der Demokraten hervorriefen. Um die Krisenmöglichkeit und die große Zukunft der neuen Partei zu beweisen, wurde unter anderem auf die „launen Elemente“, auch unter der Arbeiterschaft, hingewiesen, die es nicht über sich gewinnen sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Genosse Venter erwiderte, daß es nicht Aufgabe der demokratischen Vereinigung sein könne, um ihrerlei neue Verführung in die Reihen der Arbeiter einzutragen, denen ein geschlossenes Unternehmertum gegenüberstehe. In diesem Sinne habe die neue Partei, die die wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiter zu erkennen, die Pflicht, diesen einen den Weg zur Sozialdemokratie zu weisen. In seinem Schlußworte brachte dann Herr Pohl eine Verteidigung der Reichs-Tages-lichen Überwachen an, deren Mitglieder meist deshalb nicht zur Sozialdemokratie kämen, weil deren Presse sich oft einer „gehässigen Kampfesweise“ bediene.

So endete der erste Versuch der Breslauer Demokraten auf ihrem neuen Gebiete. Wie der Vorsteher mittelste, findet die nächste öffentliche Versammlung der demokratischen Vereinigung am 15. März im Vincenz-Hause statt. Herr Dr. Freilichfeld, Berlin, der bekannte Politiker und Zentralführer des Handelsvereins, spricht über das Thema: „Die Finanzreform aus den Taschen der Arbeiterschaft“. Demo und die Verantwortlichen der Referenden, der ein überaus packender und schärfer Redner ist, führt der Versammlung ein überaus großes Interesse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wie im Dezember anlässlich der Wetzlar-Versammlung.

### Protestversammlung gegen die Biersteuer.

Einen herzerquickenden Eindruck machte gestern eine Versammlung von Brauereibesitzern, Gastwirten, Bierverkäufern und Arbeitern des Brauereigewerbes, die unter dem Vorsitz des Brauereibesetzers J. J. im Saale des „Kropphüsen“ lagte. Aus der ganzen Provinz waren Interessenten herbeigekommen, um gegen die ihr Gewerbe bedrückende Steuern zu protestieren. Aber nicht der Protest allein war es, der den Charakter der Versammlung bestimmte. Konservativere Leute rebellierten gegen das Junkertum, sprachen den von ihnen selbst gewählten Abgeordneten ihr schärfstes Mißtrauen aus, erklärten, sich rächen zu wollen, und empfingen einen sozialdemokratischen Redner, noch ehe er zum Wort kommen konnte, mit einem demonstrativen Beifallskrum.

Als erster Redner trat Direktor Bauer von der Kaiserbrauerei auf. In einer wohlüberdachten Rede legte er dar, daß eine Biersteuer, wie sie geplant ist, den ruin zahlreicher Existenzen bedeute. Seit dem nach der letzten Biersteuer im Jahre 1907 ins Gesamt 268 Brauereien eingezogen, und im vorigen Jahre sogar über 300. Am pessimisten sei die Brauereierzeugung der deutschen Landwirtschaft, obwohl die Brauindustrie der besternte der Landwirtschaft ist. Die Brauindustrie betrage von der Landwirtschaft abwärts für 600 Millionen Mark (Gerste, 54 Mill. Mark Hopfen und für 30 Millionen Mark Futtermittel. Andererseits liefere sie der Landwirtschaft für 45 Millionen Mark Abfallprodukte als Futtermittel. Unter einer weiteren Erhöhung einer Biersteuer werde das Bier aus einem Volksgetränk zu einem Luxusgut werden. Ein Konsumsteuern sei unabweislich insbesondere deshalb, weil unter der Zoll- und Steuerpolitik auch andere Industrien und der Arbeitsmarkt schwer leiden. Die geplante Steuer sei deshalb unannehmbar. (Lebhafter Beifall.)

Als zweiter Redner trat der konservativere Stadtwortführer Weide, der Vorsitzende des Breslauer Gastwirtvereins, auf. Als vor drei Jahren im gleichen Saale eine Probestimmung gegen die damalige Biersteuererhöhung stattfand, hatte man nicht ahnen können, daß dem Brau- und Gastwirtsberufe schon in so kurzer Zeit eine weitere schwere Schädigung drohen werde. Das die Brauer und Gastwirte seien jenseits der Zeit der Abrechnung mit den Herren werden kommen, die dem Gewerbe diese neue Belastung zumuten. Ein Ministerverantwortlichkeitsgesetze sei unbedingt notwendig, denn jeder Kaufmann, nicht vom Staatsanwalt im Hofe gefaßt werden, der so wie das Reich wirtschaftet. Redner wendete sich alsdann energisch gegen die Finanzminister, die Tabakisten, die Glas- und Eisfabrikanten, u. s. w. Der eine Steuer ist es, die auch bei diesen konservativen Herren Gnade findet — die Erbschaftsteuer. Ueberhaupt müsse jeder noch seinem Vermögen zur Steuer herangezogen werden. Durch die indirekten Steuern aber wütheten alle Klassen auf die unteren Volksschichten abgewälzt. Die unteren Schichten müßten zusammenhalten gegen die Land- und Agrarier. Die Herren Agrarier überboten zwar, daß es den Gastwirten sehr gut gehe. Dann sollten sie doch aber ihre Söhne Gastwirte werden lassen und nicht Offiziere! Den niederen Schichten werde der vierte Teil ihres Einkommens in Form von indirekten Steuern genommen. Wenn man die belisenden Kreise mit einem Viertel ihres Einkommens zur Steuer Franzosen wolle, dann brauchen wir überhaupt keine indirekten Steuern! Redner hoffte, daß die Breslauer Abgeordneten sich nach dem Verlangen ihrer Wähler richten und gegen die neuen Steuern kämpfen würden. (Lebhafter anschließender Beifall.)

Von ähnlichem Beifall begrüßt, ergriff alsdann der Vertreter des Brauereibesetzerverbands, Generalmajor, das Wort. Er kennzeichnete die Finanzreform als eine ungeheure Schandtat gegen die Arbeiterschaft. Mit Erfolg haben die Arbeiter in den letzten Jahren daran gearbeitet, sich vom Joch zu befreien und sich Wissen und Bildung anzueignen. Im Kampfe wider den Feind hat das Bier den Arbeitern als bestmögliches Getränk gute Dienste geleistet. Jetzt soll durch einen einmaligen Einverleib das Bier verboten oder auch verdrängt werden. Damit würden arme Arbeiterschichten wieder dem Joch ausgeliefert. Es besteht die Gefahr, daß dadurch die Industrie der Arbeiterklasse wieder eine Wunderrückführung, die bewachte Industrie aber sei auf eine intelligente Arbeiterschaft erzwungen. Die Arbeiter der Brauindustrie und zahlreiche Gastwirte aber hätten sich für die neue Belastung bei den Herren bedankt, denen sie bisher ihr bestmögliches Interesse entgegengebracht haben. Wenn in Prozent der Gastwirte würden eine proletarische Existenz und hätten allen Anlaß, sich völlig auf die Seite der Arbeiter zu stellen, dann Vertreter im Prinzip gegen alle indirekten Steuern. Die indirekten Steuern seien aber nicht nur deshalb zu vermeiden, weil sie die unteren Schichten am schwersten belasten, sondern auch deshalb, weil sie für ein riesiges Industrie- und im Vergleich zu anderen Erwerbszweigen benachteiligen. 300 Brauereiarbeiter würden jetzt als Arbeitlose noch die Arbeitsnachweise in Folge der letzten Finanzreform. Und wieder um helfen man eine solche Gewerbe herangezogen und für die Lotterei steht im Reiche verarmtlich gemacht werden. Die bewachte Industrie haben viel zu lassen ihre politischen Interessen zu unterstützen und nur die Arbeiterbewegung zu unterstützen. In dieser Versammlung aber man die wichtigsten Abgeordneten eingeladen, der keiner sei erschienen, sie haben ihre Zeit, können sie mit dem Volk. Es schnell gegen das Feind über die Dörren

erklärt, daß sich eine Erhöhung des Bierpreises um 7 bis 8 Mark pro Hektoliter auf die Kaufkraft abwägen lasse und daß es sich sonst noch nicht einsehend mit der Materie befaßt habe! Und solche Leute, die nicht einmal recht wissen, was sie wollen, wählen man als Volksvertreter. Die Freisinnigen halten eine Biersteuererhöhung ebenfall bereits als unabwendbar. Die Gastwirte haben ein Machtmittel in der Hand. Wütheten sie nur in ihren lokalen Klatsche anhängen des Jubats: „Die Erhöhung des Bierpreises hat Ihr den gegenwärtigen Abgeordneten zu verdanken“. Es gilt nicht nur Resolutionen zu fassen, sondern mehr Respektlichkeit zu entwickeln im Kampfe gegen die Volksfeinde. (Stürmischer Beifall.)

Es gelangte hierauf eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der gegen eine erneute Belastung des Bieres und die drohende Vernichtung von Existenzen protestiert wird.

Auf Antrag des anwesenden Vorsitzenden des Verbandes freier Gast- und Schankwirte, Genossen Stifin aus Berlin, wurde noch beschlossen, die Resolution auf telegraphischem Wege der um die Zeit gerade tagenden Finanzkommission (siehe auf der ersten Seite der vorliegenden Nummer) des Reichstages zu übermitteln.

### Das Ende eines Landarbeiters.

Einer näheren Untersuchung durch den Staatsanwalt ist folgender Fall dringend bedürftig. Auf dem Dominium Groß-Raake, dessen Besitzerin die Firma Schoeller u. Comp. ist, die die Geschäftsführung des Gutes einem Herrn Inspektor Neß übertragen hat, wollten sich in der Nacht zum 30. Januar vier russische Arbeiter eine kräftige Mahlzeit bereiten. Sie entnahmen deshalb aus einer offenen Tonne, die auf dem Schüttboden stand, ein Quantum Mehl und bereiteten sich daraus „Suppe“ und „Klöße“. Die Klöße wurden schwarz, weshalb sie weggeworfen wurden; von der Suppe haben jedoch ein Arbeiter drei Klöße und die beiden anderen je einen Löffel voll gegessen.

Wald nach dem Genuß stellte sich bei ihnen Erbrechen ein und die Arbeiter sanken auf den Fußboden. Jene unverwundbar erholte nämlich mit Strichnien vergiftetes Mehl gegen die Mäuse.

Am anderen Morgen fand man die drei auf dem Fußboden liegend vor. Einer von ihnen, Valer Flich, rang mit dem Tode und starb einige Zeit später, während die beiden anderen durch ärztliche Kunst am Leben erhalten werden konnten.

Am 8. Februar nahm eine Gerichtskommission den Tatbestand auf und der Tote wurde nach erfolgter Sezierung begraben. Aber bevor noch die Gerichtskommission erschienen war, hatte man die fragliche Tonne wohlweislich mit einem verschließbaren Deckel versehen und fest verschlossen!

Nun fragen wir den Staatsanwalt: Ist ihm amtlich bekannt, daß, obwohl russische Landarbeiter vor Belhächten nach ihrer Heimat zu entlassen sind, sich auf dem Dominium Groß-Raake noch Ende Januar solche Befanden und ist ihm ferner bekannt, daß, obwohl Wüste streng überwacht werden sollen, jene Tonne offen gewesen und dann erst, vor Eintreffen der Gerichtskommission, mit einem Deckel versehen und verschlossen worden ist? Die Öffentlichkeit hat ein erhebliches Interesse daran, zu erfahren, ob Landarbeiter kraftlos berartig an Leben und Gesundheit gefährdet werden dürfen.

### Ein patriotisches Schwindel-Unternehmen mit agrarischem Einschlag.

Merkwürdige Entfaltungen über eine sogenannte Deutsche Anstiedelungsbank kamen vor dem Amtsgericht Breslau in einer Gläubigerversammlung zutage. Die „Bank“, eine Schwindelgebildung, ist soeben nach knapp dreijährigem Bestehen krachen gegangen. Ein blaublütiger Junkerpföhl aus Schlesisch-Podolien, Herr von Stalkowski, hatte sie unter raffiniertester Täuschung der Öffentlichkeit und der Beteiligten gegründet. Wie der Konkursverwalter mitteilte, gelang dem J. der Schwindel nur dadurch, daß er dem Projekt einen patriotischen Anstrich zu geben verstanden habe. Das deutsche-nationale Mäntelchen sei der Adler gewesen, an den die Leute angeklammert und ihre Ersparnisse hängen gelassen hätten. Auf eine Liste setzte er ein paar hoch klingende Namen, und flugs gingen über hundert Personen auf den Leim und gaben große Summen für die „Bank“ her. Eine nationale Tat wollte man ja tun! Und nun gingen die Schiebungen des blaublütigen Junkers los: Er pflegte den Teilhabern vor, die Bank habe große Ländereien zur Anstiedelung, 15 bis 25 Prozent Dividende standen — in den Büchern, und jeder Teilhaber erhielt 10 Mark extra, wenn er wieder einen Dummen eingefangen hatte. Und kaum, daß ihm das gelungen, ließ sich der saubere Junkerbankier in einer „Aufsichtsratsitzung“ mit einem Anfangsgehalt von 3000 Mark, steigend jährlich um 1000 Mark, fest anstellen. Einige andere „Vorstandsmitglieder“ erhielten, damit sie schwiegen, ebenfalls fette Gehälter „zugebilligt“.

Interessant war, wie diese Bank „arbeitete“. Einem schlesischen Grafen von bestem Adel, der vor dem Bankrott stand (was der Vorstand wusste!), pumpten man Geld über Geld. Da das saule Gräflein seinen Verpflichtungen nun nicht nachkommen konnte, übernahm die „Bank“ das Gut des Bankrotteurs, das ihm nur 210.000 Mark gelohnt hatte, für 286.000 Mark, obwohl das Gräflein das Gut schnell um 200 Morgen Acker kleiner gemacht hatte! Die „Bank“ diente somit dem Zwecke, Bankrotten Äbligen mit dem Gelde anderer unter die Arme zu greifen. Daneben schludten die Stalkowski und Konsorten riesige Diäten. Der Konkursverwalter klagte über hohe Speesen und daß man sich auf alle mögliche Art Nebeneinnahmen ergattert hätte. In drei Jahren seien auf diese Weise rund 65.000 Mark, alles Einlagen patriotischer Ordnungsparteiler und Agrarier, verpulvert worden. Die Sache wäre schon vor zwei Jahren ans Licht gekommen, aber durch neue Schiebungen und dadurch, daß der „Bankdirektor“ sein Gehalt von 3000 auf 2100 Mark erniedrigte, gelang es noch einmal, die 109 Teilhaber zu täuschen. Als die „Bank“ zerbrach, zahlte sich der Schwindelmann v. S. schnell wieder 3000 Mark Gehalt aus. Jetzt ist durch einen Unfall das ganze







## Preussisches Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung, Mittwoch, den 10. März, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Herr von Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission, betreffend die Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung eines Redakteurs wegen Verleibigung des Abgeordnetenhauses.

Es handelt sich um einen auch in der „Volkswacht“ in Breslau veröffentlichten Artikel in der „Süddeutschen Volkszeitung“, in dem das Abgeordnetenhause mit Rücksicht auf die Verhandlungen über die Wahlrechtsreform mit einer Schaffensperiode verglichen wird.

Das Haus beschließt gemäß dem Antrage der Kommission debattelos die Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung zu verweigern.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die

### Erweiterung des Stadtkreises Linden.

Abg. Reinert (Soz.) kritisiert einzelne Bestimmungen der Einmündungsverträge. Infolge der Hannoverischen Städteordnung, die ein Hohen auf jede Verknüpfung ist, verlieren eine ganze Reihe von Einwohnern der Ortschaften, welche eingemeindet werden sollen, ihr Wahlrecht und müssen es sich erst kaufen. Ich möchte daher an die Regierung die Anfrage richten, wann die zu erwartende neue Städteordnung für Hannover kommt. Ferner sind in den Verträgen ganz unangebrachte Vorzugsrechte der Grundbesitzer in Bezug auf die Steuern vorgesehen. Die Grundbesitzer sollen erst in sechs Jahren in Kraft treten, während doch gerade jetzt sehr große Wertsteigerungen der Grundbesitzer zu erwarten sind. Das ist eine ungerechte Bevorzugung der jetzigen Grundbesitzer. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Nach weiterer kurzer Debatte geht die Vorlage an die veränderte Gemeindefinanzkommission.

Hierauf wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die

### Veranziehung der Beamten zur Gemeindefinanzsteuer

fortgesetzt.

Abg. Bierck (fronl.) beantragt die Einfügung eines neuen § 1a, wonach in den Gemeinden, in denen neben der Gemeindefinanzsteuer Schenkungsbeiträge für öffentliche Volksschulen (Schulsozialbeiträge) erhoben werden, es bis zur Einführung des Volksschulunterrichtsgesetzes bei den alten Vorschriften verbleiben soll. Jedenfalls sollte aber die Summe der vom dienstlichen Einkommen zu entrichtenden Gemeindefinanz- und Schulbeiträge 125 Prozent der Staatseinkommensteuer nicht übersteigen.

Ein Referatkommissar wendet sich aus formellen und materiellen Gründen gegen den Antrag.

Abg. Dr. v. Kries (konl.) hält den Antrag aus finanziellen Gründen für nicht durchführbar und empfiehlt eine Resolution, wonach eine Mehrbelastung der Beamten in den Landesteilen, in denen noch Sozialversicherungen bestehen, baldmöglichst beseitigt werden soll.

Abg. Dr. Heitz (Zentr.) wendet sich gegen den Antrag Bierck.

Abg. Eufensky (natl.) erkennt die Tendenz des Antrags Bierck als berechtigt an.

Abg. Heitz (fronl.) hält die Gründe, die gegen den Antrag geltend gemacht worden sind, für nicht durchschlagend.

Abg. v. Tatzdewitz (Volk.) erklärt sich gegen den Antrag. Damit schließt die Debatte. In der Abstimmung wird der Antrag Bierck abgelehnt, die Resolution v. Kries angenommen.

§ 2 bestimmt, daß das Kommunalsteuerprivileg nur für die Beamten wegfallen soll, die nach dem 31. März 1909 eintraten sind.

Abg. D. Inbacher (fr. Vp.) beantwortet einen Antrag, der diese Privilegien beseitigen und nur den Militärpersonen das Privileg belassen will.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos erledigt.

Es folgt die erste Beratung der

### Novelle zum Stempelsteuergesetz.

Abg. Dr. v. Kries (konl.): Das Gesetz ist von dem Abgeordnetenhaus in einer Resolution genehmigt worden und bildet den Schlußstein der Beamtenbefreiung. Die Einzelheiten werden in der Kommission zu prüfen sein. Durch die Erhöhung der Jagdschreibgaben werden namentlich die kleinen Leute betroffen werden.

Dieleicht kann man diese Abgabe für reiche Leute, die lediglich zu Sportzwecken jagen, höher bemessen. Redner beantragt Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Fleischer (Zentrum) äußert ebenfalls Bedenken gegen eine höhere Besteuerung der Jagdscheine und Jagdschreibgaben.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage. Bedauerlich ist, daß die Jagdschreibgaben weniger herangezogen werden sollen als die Jagdschreibgaben und daß man nicht einen Fideikommissstempel eingeführt hat.

Finanzminister v. Rheinbaben verteidigt die erhöhte Besteuerung der Jagdscheine. Die frühere viel weitläufigere Erhöhung hat keine Verlingerung der Jagdscheine zur Folge gehabt. Herr Fleischer verlannte eine ermäßigte Jagdscheingebühr für Familien. Er will offenbar das Kinderprivileg auch auf diese Steuer ausdehnen. (Weiterkeit.) Die Erhebung des Fideikommissstempels wird besser dem zu erwartenden allgemeinen Gesetz über die Fideikommissse vorbehalten. Ein Entwurf auf dieser Materie ist schon ausgearbeitet.

Abg. Südko (fronl.) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Freunde, in der Kommission an dem Zustandekommen der Vorlage mitzuarbeiten.

Abg. Trauer (fr. Vp.): Wir erkennen die Notwendigkeit, die hier geforderten Mittel aufzubringen, an und sind auch mit der Art der Anbringung im allgemeinen einverstanden. In einzelnen Punkten sind die Ausführungen des Redners auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Seimann (Sozialdemokrat):

Meine Freunde sind an dem Beschluß, der die Grundlage des neuen Steuererleichterungsgesetzes bildet, nicht beteiligt gewesen und daher im Prinzip mit der ganzen Vorlage nicht einverstanden. Wenn wir eine nicht unbedingt ablehnende Haltung einnehmen sollten, so könnte das nur geschehen, wenn an Stelle der neuen Steuern Zug um Zug andere Steuern zum Fortfall gebracht würden. Beispielsweise wenn das zu besteuernde Existenzminimum von 900 auf 1200 Wf. heraufgesetzt würde. (Beifall b. d. Soz.) Selbstverständlich aber hindert unsere prinzipielle Stellung meine Freunde nicht daran, zu dem einzelnen Positionen Stellung zu nehmen. So haben wir von unserem Standpunkt aus nicht das geringste einzuwenden gegen die einzelne neue Steuer unter den im Entwurf vorgeschlagenen, die staatliche Zuschlagsteuer zu den Säben der Kreisabgaben für Jagdscheine. Auch mit der Erweiterung der Anwendung des staatlichen Aufschlagstempels sind wir einverstanden. Wir halten dafür, daß die Unterbindung der Grundstücksveräußerung und der dadurch bedingten Veranschlagung des Wertes der Grundstücke, die von den Terrainsellschaften mit großem Geschick betrieben wird, nur von Vorteil sein kann. Die Grundstücksbesitzer bilden ja heute auf ihrem Grundbesitz sehr häufig Gesellschaften mit beschränkter Haftung, und die Anteile dieser Gesellschaften werden dann zu Preisen veräußert, die die Wertsteigerung der Grundstücke schon in sich schließen. Am ersten Halbjahr 1908 sollen

### 180 berartige Gesellschaften

gegründet worden sein; bei den meisten derselben würde, um die Stempelkosten möglichst zu verringern, das Kapital auf den kleinsten zulässigen Betrag von 20,000 Wf. beschränkt, obwohl es häufig um Millionenbeträge sich dabei handelt. (Beifall b. d. Soz.) Zeitungsberichte zufolge hat der Herr Finanzminister die Oberdirektion angewiesen, durch Einschränkung in gewisse Gesellschaftsverträge nachzurufen, ob und in welchem Umfange Steuerhinterziehungen durch solche Gesellschaften begangen werden. Wir freuen uns, daß diese vorbereitenden Maßnahmen so rasch zu geeigneten Anordnungen Veranlassung gegeben haben. Ganz anders stehen wir nun aber zu vielen anderen Positionen. Die lebhaftesten Bedenken haben wir gegen die Verdoppelung der Steuern für Genehmigung von Aufträgen durch die Disziplinbehörde und gegen die sechsfache Erhöhung der Steuer für Genehmigung der Verlängerung der Polizeistände für einzelne Wirtschaften.

### Das Gastwirts-gewerbe

ist heute schon durch die Gewerbesteuer, Mietssteuer, Schank- und Konsumsteuer sehr belastet, abgesehen von den vielfach bestehenden kommunalen Luftabgabensteuern. Es liegt daher kein Grund vor, dieses Gewerbe, das häufig genug unter schwierigen Verhältnissen zu leiden hat, noch mehr zu schröpfen. Von der Einführung eines hohen Stempels für die Erlaubniserteilung zum Betrieb des Gindevermieters oder Stellenvermittlungsgeschäftes von 50-500 Mark besürchten wir eine noch weitere Verschlechterung der Lage der Stellenjuchenden.

### Die Stellenvermittlung

werden doch diese Steuer nicht aus ihrer Tasche zahlen, sondern sie werden sie auf die schwächeren Schichten der Stellenjuchenden abwälzen, indem sie einfach ihre Gebühren allgemein

erhöhen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mühsenswert wäre es, wenn den sogenannten gemeinnützigen Gesellschaften die Stempelgebühren ganz erlassen werden könnten. Ganz besonders aber müssen wir uns wenden gegen die Erhöhung des Stempels auf Mietsverträge für Miets von 300 bis 1000 Mark von einem Zehntel auf drei Zehntel des Mietszinses. Die Grenze, bis zu der für Mietsverträge überhaupt Stempel erhoben werden dürfen, muß erheblich heraufgesetzt werden. Alle Mietsverträge unter 400 Mark sollten stempelfrei bleiben. Seit 1895, wo die bisherige Grenze festgesetzt wurde, sind doch die Mietsen in allen größeren Städten erheblich ansteigend und eine einräumige annehmbare Wohnung ist unter 400 Mark nicht zu haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Niemand, der sich rühmendes Empfinden zu besitzen, dürfte daher für die

### Erhöhung dieses Mietsstempel

eintreten. Im schärfsten Gegensatz zu der großen Rücksichtslosigkeit, mit der man hier gegen die kleinen Leute in den Großstädten vorgegangen ist, steht die zarte Rücksichtnahme gegenüber der Landwirtschaft. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Stempel für die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken soll auf der bisherigen Höhe belassen werden. In der Begründung heißt es: „Eine stärkere steuerliche Belastung verbietet sich mit Rücksicht auf die oft wenig Leistungsfähigen Pächter größerer und mittlerer Grundstücke.“ Es gibt doch aber auch viele Pächter großer landwirtschaftlicher Grundstücke, großer Domänen, die ja doch selbst große Herren sind und leicht in der Lage wären, einen höheren Stempel zu zahlen. Diese erfinden aber für die Steuerverwaltung nicht. Der Arbeiter und der kleine Mann in der Stadt muß bluten, damit die landwirtschaftliche Bevölkerung unbehelligt bleiben kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wäre eine sehr interessante und dankbare Aufgabe,

### einmal all die Vergünstigungen festzustellen.

Wie bei uns in Preußen der Landwirtschaft auf dem Wege der Befreiung und durch die Verwaltungspraxis gewährt werden und ihren Wert zu berechnen. Ich glaube, man läme da zu Summen, die den ärgsten Bestimmungen in Entsaften würdigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dort einer Einzelperson, die nicht über das ganze amtliche Material verfügt, ist freilich diese Aufgabe nicht durchzuführen. Ganz im Einklang mit dieser Praxis steht auch die Tatsache, daß die Vorlage des Fideikommissstempels bringt. Hier hätte in erster Reihe der Gehalt angeheft werden sollen. Der Herr Finanzminister hat auf die zu erwartende Vorlage über den Fideikommiss verwiesen. Ich glaube, daß diese Vorlage eine Erhöhung des Stempels nicht bringen wird. Und wenn man dann mit einer solchen Anrechnung kommt, so wird es heißen, die Regelung dieser Frage müsse nicht in das System der Vorlage. Sie hätte bei dem Stempelsteuergesetz erledigt werden müssen. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir werden jedenfalls nicht versäumen, den Herrn Finanzminister jederzeit an seine heutigen Worte zu erinnern. Nun, wir werden abwarten, in welcher Gestalt die Vorlage aus der Kommission herauskommen wird und behalten uns unsere Stellung für die zweite Lesung vor. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Wolff-Lissa (fr. Vp.) vertritt gleichfalls eine Erhöhung des Fideikommissstempels und hofft, daß die Vorlage in verbesserter Gestalt aus der Kommission komme.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Dritte Lesung des Beamtensteuerprivileg-Gesetzes. Dritte Lesung des Wohnungsgeldzuschußgesetzes. Zweite Lesung des Gesetzes, betreffend die Gebühren der Nebenzinbeamten.) Schluß 4 Uhr.

## Die Tabaksteuer.

Die Finanz- und Steuerkommission des Reichstages lehnt am Dienstag die Beratungen über die Tabaksteuer fort. Das Kommissionszimmer ist, wie auch an den vorhergehenden Tagen, von Tabakinteressenten und Vertretern der Tabakvereinigungen umlagert.

Ein Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung hält die Einführung des Tabakmonopols unter der Bedingung ausreichender Entschädigungen für das einzige Mittel, dem Reiche dauernd Geld zu verschaffen, unter gleichzeitiger Schonung der Tabakindustrie. Da in der Kommission die Meinung zu bestehen scheint, in einer Subkommission die Vandalensteuer durch eine Gewicht-

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein nachgewachsener Finger. Die Reproduktionskraft des menschlichen Organismus, die schon bei dem Verlust der Haare und Zähne verlagert, zeigt bisweilen, im Gegenfah dazu, eine erstaunliche Stärke. In den französischen Archiven für Schiffsmedizin berichtet ein höherer Marinearzt Dr. Niehl von einem Fall, wo das letzte des rechten Zeigefingers vollständig neugebildet wurde. Er fand seinen Patienten, einen vierzehnjährigen Knaben, an einem bösen Finger leidend, der von einem Geschwür unterhalb des Nagels herrührte. Alle Anzeichen einer akuten Entzündung waren vorhanden. Das betroffene Fingerglied war stark angeschwollen, schmerzhaft und beständig eiternd. Der Eiter trat durch einen kleinen Einschnitt, der fünf Tage vor der ersten Amputation gemacht worden war, aus. Eine eingeführte Sonde traf auf den kugeligen Knochen. Durch den Entzündungsprozess war die Nagelwurzel in Mitleidenschaft gezogen, so daß der Nagel vollkommen los war. Unter diesen Umständen schien ein Eingriff unerlässlich zu sein. Nach sorgfältiger Antiseptisierung wurde ein tiefer Einschnitt in das dritte Fingerglied gemacht und eine sorgfältige Entfernung der angegriffenen Teile vorgenommen. Die Reinigung der Wundhöhle geschah mit Wasserstoffsuperoxyd, der Nagel wurde entfernt und die Höhle mit Jodoformgaze tamponiert. Trotz all dieser Vorkehrungsregeln nahm der eingetretene Knochenfraß seinen Fortgang, und nach etwa einer Woche konnte der Knochen einfach mit einer Pinzette herausgezogen werden. Er war im übrigen vollkommen wohl erhalten. Inwiefern die Knochenhaut erhalten geblieben war, wird in der Beschreibung der Krankengeschichte nicht gesagt. Nach einem Monat war Vernarbung eingetreten, aber das Ende des Fingergliedes blieb spatelförmig und schlaff, so daß Dr. Niehl beinahe schon bedauerte, nicht das ganze Fingerglied geopfert zu haben. Da jedoch die Eltern des Patienten so viel wie möglich von dem Finger erhalten sehen wollten, da der Knabe Klavier spielen lernte, war dies eben als notwendig erachtet worden. Wiegehr Monate nach der Operation stellte sich der operierte Knabe in Gesellschaft seines Vaters nochmals vor und zeigt eine Kontingenanznahme, die inzwischen gemacht worden war. Der Finger war zwar immer noch leicht gebogen, hatte aber seine Festigkeit und Beweglichkeit wieder gewonnen, und ein neuer Nagel von vollständig normaler Aussehen war nachgewachsen. Der Knochen hatte sich vollständig ergänzt, nur war der nachgewachsene ein wenig kürzer und dicker. Der Finger war zu allen Verwendungen durchaus tauglich. Der Knabe vermochte seinen Klavierunterricht weiter zu nehmen und zu spielen, ohne daß der Anschlag irgendwie gelitten hätte. Derartige Fälle sind sehr selten. Nur noch ein Fall eines nachgewachsenen Knabens ist

von Miller beschrieben worden, dessen Verdienst es auch war, zum ersten Male darauf hingewiesen zu haben, daß die Knochenhaut imstande sei, einen neuen Knochen zu erzeugen. Es ist bedauerlich, daß der entscheidende Befund, nämlich die Aufgabe, welche Knochengewebe durch die Entzündung übrig gelassen worden war, in dem beschriebenen Falle fehlt, da dies allein dem Chirurgen für künftige Fälle einen Anhaltspunkt gewähren könnte.

## Aus aller Welt.

Folterstrafen in der Volksschule. Die „Berliner Morgenpost“ bringt folgende skandalöse Geschichte: „Eine in deutschen Schulen wohl einzig dastehende Zuchtungs-Methode hat der Lehrer Bruno Meyer in der in der Weierstraße zu Rixdorf gelegenen Gemeindefschule ausgeübt. Er verbot, wie in einer Verleibigungsklage vor dem Rixdorfer Schöffengericht festgestellt wurde, einer Anzahl Knaben Stockschläge auf die nackten Fußsohlen und erklärte auf eine Frage des Vorsitzenden, daß er sich zu dieser Art der Zuchtigung für berechtigt gehalten habe.“

Eine Witwe, Frau Muzilar, hat fünf Kinder. Für diese und für sich selbst erwirbt sie den Unterhalt durch Näh- und Fugarbeiten. Im September v. J. war Frau Muzilar nicht in der Lage, das Schulgeld für ihre fünf Kinder imstande zu halten. Ihre 11 Jahre alte Sohn mußte daher barfuß zur Schule gehen. In der Schöffengerichts-Verhandlung belandeten nun vier Schüler, daß der kleine Muzilar und mehrere andere Knaben von dem Lehrer Meyer Stockschläge auf die Fußsohlen erhalten hätten, weil sie schmutzige Füße hätten. Frau Muzilar bezog sich am 23. September v. J. zu Herrn Leyrer Meyer und stellte ihn wegen der an ihrem Sohne geübten Zuchtigung zur Rede. Dabei entschlopfen ihre Grundstücke, die ihr eine Anlage wegen Verleibigung zuzogen. Frau Muzilar gab die Ausbude zu, behauptete aber, Herr Lehrer Meyer habe sie „busseltes Weib“ genannt und dabei seinen Späterzodemporgehoben. Hierüber sei sie so in Erregung geraten, daß sie die beleidigenden Worte gebraucht. Der Vorsitzende führte aus, es sei begreiflich, daß bei solchem Anlaß eine un das Brot ihrer Kinder schwer arbeitende Mutter in Aufregung gerate. Der Gerichtshof habe auch als wahr unterstellt, daß Herr Meyer zu Frau Muzilar gelagt habe: „Sie busseltes Weib, scheren Sie sich hinaus!“ Aus diesem Grunde sei die Anklage zwar der Verleibigung für schuldig, aber für straf-frei erachtet worden.“

Ohne Zweifel wird jetzt die Schulverwaltung eine rücksichtslose Untersuchung über den Fall einleiten müssen. Sollte sich die unerhörte Mißhandlung als wirklich geschehen herausstellen,

dann erfordert diese Schmach eine empfindliche Bestrafung des „Büddaggen“. -- So muß das Volk immer wieder mit blutendem Herzen zusehen, wie seinen Kindern nicht nur ein fragwürdiges Wissen mit auf den Lebensweg gegeben wird, nein, es muß es auch geschehen lassen, daß die Kinder für die Armut der Eltern in so gemeiner Weise bestraft werden. Wir haben es hier wieder mit einem jener Kulturbilder voll erschütternder Tragik zu tun, die endlich einmal das übergebultete preussische Volk wie mit Peitschenhieben zum Selbstbewusstsein aufrütteln werden.

Die Zeppelinfahrten. Die drei Luftschiffe des Reichsmilitärfluffschiffes „J. I.“ erfolgten bei ruhigem und formigem Wetter. Während der Fahrt wurde fast der ganze Bodensee unterkreist. Hierbei erfolgten gelungene Manöver mit dem Höhen- und Seitensteuer. Bald war das Luftschiff in den höchsten Höhen sichtbar, bald senkte es sich bis zum See Spiegel nieder. Sämtliche Fahrten leitete Graf Zeppelin unter Aufsicht seines Neffen, des Grafen Ferdinand Zeppelin jun., des Ingenieurs Dürr, zweier Luftschiffoffiziere und zweier Monteurs. Im ganzen hatte das Reichsluffschiff zwölf Personen an Bord, darunter den Major Sperling, den Hauptmann von Jena und Oberleutnant Mantius. Interessant war die Aufsicht des Luftschiffes aus seiner Höhe zum dritten Aufstieg, die ruhig, überraschend schnell und sicher vor sich ging, wie auch die Landung ungemindert gelang. Fahrtreichhaltig hat der Aufstieg nichts Neues. Sämtliche Manöver wurden in gewohnter Weise ruhig und sicher ausgeführt. Interessanter wird sich der Aufstieg bei bewegter Luft und vollständigem militärischer Befehl gestalten. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Militärfluffschiffe sich dieselbe Fertigkeit in der Handhabung des flarren Luftschiffes aneignen werden, wie dies bei der Zeppelin-Wannschiffahrt der Fall ist. Der Landung auf festem Boden mit einem bestimmten Ziel wird mit Spannung entgegengefehen. Eine solche Landung wird schon in der nächsten Zeit erwartet. Hierfür sind der Kommander ober der Weingartener Grezzerplatz in Aussicht genommen. Falls das Wetter günstig bleibt, sollen täglich Aufstiege erfolgen.

Namen und Wohnung verbergen. Am Dienstag früh gegen 6 Uhr erlitt auf einem Radball in Berlin die zweiundzwanzig Jahre alte Modistin Alice R. einen Ohnmachts- und Krampfanfall und wurde von zwei Zeppelinfahrern nach der Rettungswache in der Köthener Straße gebracht. Nachdem sie sich erholt hatte, wollte man sie der Behandlung zuführen, doch stellte es sich heraus, daß sie sich in der auf ihren Namen, noch auf ihre Wohnung bezüglichen konnte. Man geleitete sie zur Rettungswache, wo schließlich nach vieler Mühe ihre Adresse am Nachmittage ermittelt wurde. Darauf ward sie nach der elterlichen Wohnung gebracht. Die junge Dame gab an, daß sie sich schon öfter in einem Dämmerzustande befunden habe.

